



Verlagsannahme und Kettungsbeilegung in der Geschäftsstelle Schneidmühlers Straße 47 (Fernspr. 1944 u. 4416 und in der Kneipengeschäftsstelle Kneipstr. 17 Fernspr. 4758).  
Sprechst. der Red. Nr. 2681 5722 u. 540 (letzte nur für den Städt. Berichter). Der Handelsred. Nr. 4416. Sprechst. der Red. 10 12 Uhr - Telegr.-Adr. Schlesische - u. Offizialfonto Wilh. Gottl. Korn. Breslau 88

## Vormarsch auf München. Unabhängigenheke in Stettin.

### Das Chaos in Bayern.

#### Der Vormarsch auf München.

Der Vormarsch der Truppen gegen München vollzieht sich, wie uns gemeldet wird, planmäßig. Im Nordwesten ist nach den neuesten Meldungen die Glon-Linie (etwa 30 Kilometer nordwestlich München) im Besitz der Regierungstruppen. Die Orte Petershausen und Allershausen an der Glon (einem linken Nebenfluß der Amper) sind von den Regierungstruppen besetzt. Die Umschließung der Stadt München dauert noch fort. Bis zum Angriff auf die Stadt werden, wie es heißt, noch einige Tage vergehen.

Die „Leipz. Neue Nachr.“ aus Bamberg melden, ruff der bekannte Kampfflieger Hauptmann Berthold zu einer freiwilligen „Eisernen Fliegerei“ auf. Er bittet um Beitritt bewährter Flieger als Flieger und Beobachter, um eine neue freiwillige Jagdstaffel zum Kampfe gegen München aufzustellen.

Die „Leipz.“, 28. April. (Eigener Drahtbericht.) Die „Leipz. Neue Nachr.“ melden aus München: Einer der Führer der Roten Gardisten in München Hauptmann von Zwickel, ist in Landschut, wo er für die Räterepublik Propaganda machen wollte, verhaftet worden.

#### Erfolge der Spartakisten in Oberbayern.

Die „Leipz.“, 28. April. (Eigener Drahtbericht.) Aus Bamberg wird gemeldet: Während aus München heute bei der Regierung nennenswerte Meldungen nicht vorliegen, ist leider eine weitere Ausbreitung der bolschewistischen Macht im oberbayerischen Lande festgestellt worden. So wurde die etwa 5000 Einwohner zählende oberbayerische Stadt Mühldorf von 400 Spartakisten besetzt und mit Maschinengewehren zur Verteidigung eingerichtet. Auch der berühmte oberbayerische Wallfahrtsort Alt-Ottum mit der Unabentavelle ist in die Hände der Bolschewisten gefallen.

#### Aus dem Lager der Kommunisten.

Die „Leipz. Neue Nachr.“ aus Jena melden, hat der in Freiheit verhaftete Volksbeauftragte der Münchener Räterepublik Kaulokum, bei seiner Vernehmung aus Protokoll gegeben, daß er gemeinsam mit dem Kommunistenführer Müller, Direktor des Hotels „Deutscher Kaiser“ in München, einen großzügigen Plan zur Auslösung der Räterepublik in Nordbayern ausgearbeitet habe. Der Putsch in Nürnberg sollte den Auftakt hierzu bilden.

Die „Nürnberger Zeitung“ meldet, haben die Mitglieder des Münchener Volksrates Toller und Klingelhöfer ihre Posten in der Militär-Oberleitung niedergelegt; Müller ist von seinem Amt als Volksbeauftragter der Finanzen zurückgetreten. Die Finanzverhältnisse der Räterepublik seien katastrophal. Um den in den Staatskassen und Banken herrschenden Mangel an Zahlungsmitteln abzuwehren, sei verfügt worden, daß sämtliche Lagererlöse der großen Betriebe, wie Fabriken, Kaufhäuser, Theater, Kinos, Cafés und Wirtschaften täglich durch die Betriebsräte im Besitz der Banken einzusammeln sind. Außerdem seien sämtliche Wohnungs- und Pachtzinsen vom 1. bis 10. Mai auf Konto bei einer Bank einzuzahlen. Vorausbezahlung der Gehälter sei strengstens verboten. Die Schätzung der Roten Armee auf 50 000 Mann sei stark übertrieben. Von mehr als 80 000 Arbeitslosen hätten sich nur 2000 zur Roten Armee gemeldet. An Weib und Kunstschönheit seien reichliche Bestände vorhanden, doch fehlt es an Fleisch. Die Einwohnerzahl Münchens sei lediglich auf Weib angewiesen. Die Betriebe seien genötigt, infolge des Kohlenmangels ihre weitere Erzeugung einzustellen; dadurch würden wieder 10 000 Arbeiter brotlos. Der Finanzminister hat erklärt, daß in der kurzen Spanne der Räterepublik vom Staat mehr Geld verausgabt worden sei, als von den anderen Regierungen. Er sei mit den russischen Kommunistenführern in München in Differenzen geraten, weil er sich geweigert habe, die Schlüssel zu den Kassen auszuliefern. Die Russen wollten die dort liegenden Kassen und Wertpapiere beschlagnahmen. Die Zeitungen erschienen wieder, die bürgerlichen unter Vorzensur. Die Buchdrucker hatten erklärt, sie würden sämtlich die Arbeit einstellen, wenn den bürgerlichen Zeitungen das Erscheinen nicht gestattet würde. Große Enttäuschung habe die Polizei- und Polizeibeamten hervorgerufen, daß im Rahmen Formulare für Auslandspässe gestohlen worden seien. Auslandspässe habe das Revolutionstribunal für seine Mitglieder gefordert. Der Volkskassenschuß habe unter schweren Drohungen die Auslieferung der Pässe verlangt. Eine Meldung der „Leipz. Neue Nachr.“ aus Bamberg besagt: Da die Münchener Kommunisten in den Besitz eines Teils der Presse zur Herstellung von Banknoten gekommen sind und bedenklich

### Die Absichten der Polen.

Der „Berl.“, 28. April. Der „Berl.“ wird aus Bromberg berichtet: Zuverlässige Nachrichten von der polnischen Front besagen, daß an verschiedenen Abschnitten neue polnische Truppen festgesetzt worden sind. Es handelt sich um die polnischen Legionäre, die durch Eintreffen der Hallischen Truppen an der polnischen Ostfront frei geworden sind und die nun gegen Deutschland verwendet werden. Die polnische Zeitung „Goniec Wielkopolski“ berichtet bereits, daß General Haller in militärischen Angelegenheiten von Warschau nach Posen zurückkehre. Andere polnische Blätter, wie auch der „Dziennik Polnanski“ schreiben, daß wichtigste sei, daß die Haller'schen Truppen nicht an der Verteidigung des Vaterlandes gegen die Feinde teilnehmen könnten, die es von allen Seiten umgaben.

Es Rumrucht sind bereits über 15 000 Mann der Haller'schen Armee auf polnischem Boden eingetroffen. Nach einem Warschauer Funkpruch gibt General Haller die Gesamtzahl seiner Truppen auf insgesamt 100 000 Mann an.

Finanzmarkt-Scheine in großer Zahl herstellen, steht sich das bayerische Staatsministerium der Finanzen gegenüber, sämtliche Finanzmarkt-Scheine der Bayerischen Staatsbank mit dem Buchstaben B, die höhere Nummern als 800 000 tragen, für gefälscht zu erklären. Falsch sind auch diejenigen Finanzmarkt-Scheine der Bayerischen Staatsbank, die bei der Nummer den Buchstaben B, C, D oder einen der nachfolgenden Buchstaben des Alphabets tragen. Finanzmarkt-Scheine der Bayerischen Staatsbank gibt es überhaupt nicht. Sollten diese im Verkehr auftauchen, so sind sie ausnahmslos falsch.

#### Die Lage in Nürnberg.

Der „Berl.“, 28. April. (Eigener Drahtbericht.) Die „Leipz. Neue Nachr.“ melden aus Nürnberg: Die Lage in Nürnberg hat sich weiter zugunsten der Regierung Hoffmann gebessert. Die radikalen Arbeiterkreise wurden entwirrt. Eämtliche verdächtige Wohnungen wurden nach Waffen durchsucht. Weitere Spartakistenführer wurden festgenommen. Bei Siegelstein wurden 300 Militärgewehre ausgegraben, die dort von Spartakisten versteckt worden waren.

### Die Lage in den Hafenstädten.

#### Streik in Stettin.

Die Stettin, 28. April. Als Protestkundgebung gegen die blutigen Vorgänge am gestrigen Sonntag sind die Arbeiter der größeren industriellen Werke heute vormittag in den Aufstand getreten. In geschlossenen Zügen marschierten sie nach dem Platz auf der Hafen-Terrasse, wo um 11 Uhr wohl gegen 10 000 Arbeiter versammelt waren. Drei Redner der Unabhängigen hielten an verschiedenen Stellen Ansprachen, in denen sie die Vorgänge beleuchteten und behaupteten, die Soldaten seien von Offizieren angegriffen worden, die Volksversammlung zu sprengen. Sie verlangten ferner Bekräftigung der Soldaten, Untersuchung gegen die Offiziere des Departements Königsberg, dem die Soldaten angehören, Verdringung der Opfer auf Staatskosten, Absetzung des Arbeiterrates und seine Neuwahl auf anderer Grundlage, Bildung einer Sicherheitswehr aus Stettiner Arbeitern und ihre Unterstellung unter den Arbeiterrat, Unterbrechung der Bildung von Truppenkörpern und Beaufichtigung von Seeresgut durch Volksbeauftragte. Diese Forderungen sollen alsbald dem Arbeiterrat vorgetragen werden. Er soll an die oberen Behörden weitergegeben werden. Zu diesem Zweck zogen die Demonstranten vor das Regierungsgebäude, wo mit dem Arbeiterrat gesprochen werden sollte. Um 4 Uhr nachmittags soll eine Vertrauensmännerstung, um 6 Uhr eine zweite Volksversammlung auf demselben Platz abgehalten werden. Bis zur Erfüllung der Forderungen soll der Demonstrationstreik andauern.

#### Säuberung Hamburgs.

Hamburg, 28. April. Nachdem heute vormittag die Absperrung der Altstadt nach erfolgreicher Durchsuchung wieder aufgehoben war, wurde ein Teil der Truppen mit der Überwältigung des Gewerkschaftshauses beauftragt. Von sechs verschiedenen Seiten rückten die Truppen gleichzeitig an. Bei der Überwältigung wurde von einzelnen Stellen auf die Sicherheitsmannschaften geschossen. Ein Sicherheitsmann wurde verwundet. Unter der Bevölkerung gab es allfälligerweise keine Verletzte. Circa 60 Personen wurden durch ein Kommando der Kriminalpolizei festgenommen. Sehr viel Diebesgut, ganze Handtaschen mit Uhren, Ketten, Brillanten usw., große Säde voll Stiefel, Militäreiseln, Fahrräder, Waffen, Handgranaten, Schusswaffen, Messer usw. wurden beschlagnahmt. Ein Kriminalnachmeister fand bei einem festgenommenen Dummgeischosse. Die Kommandantur ist der Überzeugung, daß die Überwältigung dem Diebesheindel derart in die Knochen gefahren ist, daß der schamlose Handel mit Diebesgut vor dem Hamburger Gewerkschaftshaus ein für alle Mal ausgerottet ist.

### Englische Kriegsschiffe in Hamburg.

Hamburg, 28. April. (Eigener Drahtbericht.) Die „Hamb. Nachr.“ melden: Der englische Kreuzer „Coventry“ und der englische Zerstörer „F 74“ sind heute vormittags 11 Uhr im Hamburger Hafen eingelaufen.

Der „Berl.“, 28. April. Während sich an der polnischen Süd- und Ostfront die Kampfstätigkeit in gewöhnlichen Grenzen hielt, herrschte im Westabschnitt sehr rege Gefechtsstätigkeit. Verschiedentlich stärkere polnische Vorstöße an der dortigen Front wurden abgewiesen. Stadt und Umgegend von Rakel lagen erneut unter polnischem Feuer. Außer blutigen Verlusten ist erheblicher Sachschaden zu beklagen. Nach eingegangenen Meldungen ist in dieser Gegend mit einer Fortsetzung der polnischen Angriffstätigkeit zu rechnen.

### Die Friedensverhandlungen.

Paris, 28. April. (Agence Havas.) Nach dem diplomatischen Lagebericht ist man in den Kreisen der Konferenz der Ansicht, daß der Text der Friedensverträge Freitag, spätestens Sonnabend der deutschen Delegation übergeben werden kann. Am vorhergehenden Tage wird der Text in einer geheimen Vollstimmung des Vertreters der alliierten und assoziierten Mächte zur Kenntnis gebracht werden.

### Von Deutschlands „Schuld“ und Recht.

Das wilde Geschrei über die Schuld Deutschlands am Ausbruch des Weltkrieges ist seit unserem verhängnisvollen Zusammenbruch immer stärker geworden, und selbst in unserem eigenen Volk fanden sich ja schon lange und finden sich jetzt unter ihrer Würde halten, kläglich Selbstanklagen zu erheben und demütig sich — oder vielmehr die alte Regierung, die ja jetzt für alles gehalten muß — schuldig zu bekennen, ganz so, als ob es nie eine englische Einkreisungspolitik, nie ein rebardehürftiges Frankreich, niemals die berühmten Kunde im den Brüsseler Archiven oder die Enthüllungen des Suchomlinow-Prozesses gegeben hätte. Und wenn feindliche Ankläger uns wegen dieser behaupteten Schuld jedes Rechtsanspruches entkleiden wollen, wie es in der von Tag zu Tag fast sich steigenden Verschärfung der trostlosen Waffenstillstandsbedingungen und der Weiterführung der Hungerblockade am klarsten sich offenbarte, so hat unsere Regierung, und hier kommt nur die neue in Frage, lange nicht den Mut und die Kraft gehabt, sich auf unser Recht zu stützen und es zu behaupten, bis erst in allerletzter Zeit hier und da ein Versuch dazu sich zeigte.

Bei dieser Sachlage ist es warm zu begrüßen, daß einmal ein aufrechter Mann und bejammertes Beurteiler der Verhältnisse, der Münchener Geschichtspräsident Walter Otto, der bis vor kurzem in Breslau wirkte, in einem gut geschriebenen Buche diese Fragen kühl und streng wissenschaftlich, ohne von Parteileidenschaft sich hinreißen zu lassen, erörtert. Die Schrift trägt den in der Überschrift genannten Titel und ist soeben bei R. G. Elwert in Marburg erschienen.

Otto führt den Beweis, daß von einer deutschen Schuld im Sinne unserer Feinde, daß nämlich die Machtbegierde der Alldeutschen, des deutschen Imperialismus und Militarismus den Ausbruch des Weltkrieges verursacht hätte, keine Rede sein könne, daß vielmehr unsere Regierung und die ganz überwältigende Masse des Volkes einen Krieg nicht gewollt habe. Anders liegt die Sache freilich, wenn wir die Frage untersuchen, warum wir den Krieg, der seit Jahrzehnten wie ein andauerndes unabwendbares Naturereignis über der Welt lastete, in einer so außergewöhnlich unglücklichen Lage haben führen müssen. Da kann allerdings von einer „Schuld“ gesprochen werden, aber in einem ganz anderen, fast tragischen Sinne. Sie liegt ganz wesentlich in dem Vergehen unserer Staatskunst seit Bismarcks Rücktritt gegenüber der feindlichen Welt. Die Aufnahme der Welt-politik im großen Stil ist zu früh und zu reich erfolgt. Bismarcks Zurückhaltung und Bedächtigkeit auf diesem Gebiete hatte gute Gründe; er kannte sein Volk, seine Fähigkeiten und seine Schwächen. Die richtige Abwägung der politischen Verhältnisse hat unsere wenig fähige Diplomatie nicht verstanden, und der Kaiser und die Volksvertretung haben mit ihr gefündigt. Ganz besonders verhängnisvoll wirkte die Unbeständigkeit und Unfestigkeit der Außenpolitik, bei der man es für klug hielt, stets zwei Eilen im Feuer zu haben, während doch der einzige Erfolg nur der war, daß Deutschland zuletzt keinen Freund mehr bewaß. Dazu kam eine falsche Bewertung Österreich-Ungarns, das man überschätzte, und Frankreichs und Ungarns, die man unterschätzte, dank der mangelhaften Leistungen unserer Diplomatie.

Mit dieser Begründung unserer unglücklichen Lage am Beginn des Krieges, den wir jedenfalls nicht gewollt haben, hängen die Ursachen zusammen, weswegen wir ihn verloren. Und da hält Otto unserem Volke, insbesondere der Regierung einen Spiegel vor, aus dem allerdings das Antlitz der Schuld mit klaren Zügen uns entgegenblickt. Einzelne militärische Fehler sind wohl begangen worden, aber sie waren nicht entscheidend. Viel schlimmer war es, daß die sittliche Kraft des Volkes und des Heeres untergraben werden konnte, und das ist geschehen, weil die deutsche Staatskunst selbst daran mitgearbeitet hat, dem Volksgaest zu zerbrechen. Sie hat nicht, was das einzig Richtige gewesen wäre, eine Politik auf Grund des allgemeinen Vertrauens geführt, nicht eine großzügige Politik mit hochgespannten Zielen, beherrschend von großen, fühlbaren Ideen, sondern sie ist unklar und hergeschwankt, hat viele Pläne gefaßt und wieder verworfen, hat die Vermürgung der Stimmung im Heere und in der Heimat nicht zu verhindern gewußt und nicht einmal die nötige Verschwiegenheit wahren können. Wie an der richtigen Methode, so hat es auch am richtigen großen und starken Führer gefehlt. Das war weder der Kaiser noch der Kanzler Bethmann Hollweg. Diejenige ist es nicht bemußt geworden, daß es sich in der Tat um Sein oder Nichtsein des Deutschen Reiches handelte und daß die Feinde von einem unbedingten Vernichtungswillen uns gegenüber erfüllt waren. Otto steht auch auf dem Standpunkt, daß die weit verbreitete Meinung, Deutschland hätte überhaupt einen Verständigungsfrieden erreichen können, falsch sei; unsere Feinde haben immer nur mit einem Vernichtungsfrieden für uns gerechnet.

An alle dem ist aber nicht bloß die alte Regierung schuld, sondern auch die eigentümlich deutsche Wesensart, der empfindsame Idealismus, der so gern aus überzogenen Vertrauensseligkeit zum Verkennen der wirklichen Verhältnisse neigt. Ihm lag der unbedingt erforderliche Glaube an die Notwendigkeit des Sieges fern, ja große Volksteile haben aus gewissen Gründen einen entscheidenden Sieg nicht einmal gemollt.

Vieles ist ganz veräuert, vieles zu spät getan worden. Die politische Leitung des Reiches hat keine weiten, bestimmten, begeisterten Ziele gesetzt, sie hat anfangs keine entschlossenen Vorbereitungen für einen langen Krieg getroffen, wie dies die Entländer meisterhaft verstanden, sie hat in der Ernährungsfrage erhebliche Fehler gemacht, sie hat die Volkstimmung durch erfolgreiche Aufklärung über die Furchtbarkeit der Hungerblockade und der russischen und französischen Greuel nicht beeinflusst, sie hat in der inneren Politik nicht den rechten Weg zu finden verstanden.

In diesem Sinne trägt allerdings das alte Deutschland, seine Regierung, sein Heer, seine Stände, seine Parteien Schuld an dem unglücklichen Ausgang des Krieges, aber die Schuld an der ungeheuerlichen Form des restlosen Zusammenbruchs trägt die Revolution, insofern als sie nicht nur die katastrophale innere Zerrüttung, sondern auch die gänzliche Ohnmacht des Reiches gegenüber den äußeren Feinden durch die moralische und physische Auflösung unserer Heeres herbeigeführt hat. Durch diese Wehrlosmachung ist der Vernichtungswille der Feinde in unerhörtem Maße gesteigert worden.

Eine weitere schwere Schuld hat die neue Regierung dadurch auf sich geladen, daß sie nicht sofort nach dem äußeren Zusammenbruch den Kampf um Deutschlands Recht mit geistigen Waffen und ernstlicher Entschlossenheit aufgenommen hat, um das Recht, daß die Bedingungen des Waffenstillstandes auch von den Feinden gehalten wurden. Das ist bekanntlich nicht geschehen. Es hätte dem deutschen Volke und der Welt ununterbrochen zugesichert, eingehämmert werden müssen, daß sie den feierlich versprochenen, von Wilson verbürgten Rechtsfrieden durch die Vergewaltigung des wehrlosen Volkes andauernd brachen, indem sie die ausgemachten Bedingungen fortwährend verärfachten oder verletzten. Flammiende Proteste hätten gegen die feindliche Raubpolitik, gegen die Fortsetzung des Hungerkrieges, gegen die Zurückhaltung unserer Gefangenen, gegen die Übergriffe in den besetzten Gebieten erhoben werden müssen. Von dem allen ist aber nichts über nur wenig oder zu spät und zu lau geschehen.

Das ist in großen Zügen das traurige Bild von Deutschlands Schuld und Recht — erschütternd zu lesen und tief beschämend und demütigend für die, die immer an Deutschlands Macht und Größe geglaubt hatten. Und doch kann diese strenge Lehre, gegen die Widerspruch nicht möglich ist, heilsam sein. Sie kann noch vielen, vielleicht auch solchen, die bisher nicht sehen wollten, zur Erkenntnis unserer Schwächen und Fehler verhelfen, und wenn erst diese Einsicht sich einstellt, dann ist nicht jede Hoffnung verloren, daß auch noch Besserung möglich ist. Je länger unser Volk freilich von dem bösen Geiste der Verblendung und des Hungers und Streikwahnsinns gepeinigt wird, desto schwerer wird die Heilung sein; aber die edelsten und stärksten Kräfte, die in den Western unseres Volkes wohnen — sie sind doch noch nicht vernichtet. Sie schlummern noch und können sich noch nicht hervorwagen. Hoffen wir mit dem Verfasser der höchst beachtenswerten Schrift, daß aus der finsternen Nacht dieser Zeit dem deutschen Volke noch einmal eine lichte Zukunft erwachse!

## Die adriatische Frage.

### Italien und die Friedensunterzeichnung.

D. G. Bern, 28. April. (Eigener Drahtbericht.) Nach einem Pariser Telegramm wird die Frage, ob die Italiener den Frieden mit unterzeichnen, erst Mitte Mai gestellt werden. Es würde aber sehr schwer halten, den Friedensvertrag ohne Italien zu unterzeichnen. Gleichzeitig meldet die „United Press“, die italienischen Delegierten hätten vor ihrer Abreise angekündigt, daß sie gegebenenfalls Separatverhandlungen mit Deutschland anbahnen und einen Separatfrieden schließen würden.

D. G. Bern, 28. April. (Eigener Drahtbericht.) In einem Telegramm Clemenceaus, sagte Quasati, heißt es: In der Frage der Friedensunterzeichnung ist es nicht am Platze, unsere Abmachungen zu verleugnen. Die französische Politik ist keine Politik der Papierfetzen.

### Freude bei den Südländern.

D. G. Bern, 28. April. (Eigener Drahtbericht.) Die südamerikanische Presse begrüßt mit großer Freude die Erklärungen Wilsons. Das Blatt „Corriere“ protestiert gegen die Abtretung Istriens und der Gegend von Gorizia an Italien. Der „Rieser“ sagt: Die Abreise Orlando's bezeichnet den Zusammenbruch der imperialistischen italienischen Politik.

### Italienische Stimmungen.

Rom, 28. April. Sonntag vormittag fand eine mächtige Kundgebung für die Regierung statt. Es nahmen zahlreiche Parlamentarier und Vertreter der Gemeindeverbände daran teil. Der Deputierte des Nationalrates von Fiume, der die Übernahme der Gewalt durch die italienischen Behörden mittelste, erntete ungeheuren Beifall. Hochrufe auf Fiume, der König, Orlando und Sonnino wurden ausgebracht. Der Bürgermeister von Rom, Fürst Colonna, verkündete die unerschütterliche Entschlossenheit Italiens bezüglich Fiumes und Dalmatiens.

Mit scharfer Dialektik wendet sich die „Stampa“ gegen Wilson und die Alliierten. Den Franzosen und den Engländern habe Wilson trotz seiner Programme alles erlaubt. Obwohl Wilson Deutschland die unbedingte Durchführung der vierzehn Punkte garantierte, habe derselbe Wilson geduldet, daß Frankreich Deutschland vergewaltigte, und daß es sich in Europa, Afrika und Asien ein ungeheures Reich schaffe, wie es selbst die kühnste Phantasie der Nationalisten sich nicht exträumt habe. Den Engländern wolle er habe derselbe Apostel des Idealismus die Begründung einer Welt Herrschaft gestattet, die weder Alexander der Große, noch Rom, noch Karl der Fünfte besaß. Aber natürlich! Denn Wilson gehöre ja selbst zu den Angelsachsen, denen heute die Welt unterworfen sei. Nur Italien gehe leer aus und werde mit Ländern und Spott belohnt, weil die angelsächsischen Kapitalisten die Ausdehnung Italiens im Mittelmeer hassten. Angekündigt dieser „tragischen Lage“ appelliert die „Stampa“ an die Kalblütigkeit und Einigkeit des italienischen Volkes.

Ein offizieller Leitartikel des „Corriere della Sera“ legt die juristische Unmöglichkeit dar, daß Frankreich und England mit Deutschland einen Sonderfrieden schließen. Dadurch würden sie sich mit schlimmer moralischer Schuld beladen. Der heute gegen Wilson gerichtete Protest Italiens müßte sich dann gegen eine Vertragsverletzung richten, die genau so verbrecherisch wäre wie die Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland. Vor Beginn der Verhandlungen mit den deutschen Delegierten müssen also Frankreich und England unbedingt die durch Wilson vermittelte Adriafrage zugunsten Italiens wiederhergestellt haben. Ein etwaiger Hinweis der Alliierten auf Wilson als „foros majeure“ könne in Italien nur als Scheingrund angesehen werden, unter dem Frankreich und England mit Amerikas Hilfe ihre Sonderinteressen durchsetzen wollen. Der „Corriere“ tut dar, wie absolut notwendig es für Frankreich sei, die Italiener nicht vor den Kopf zu stoßen. Denn im Falle eines mit Deutschland geschlossenen Sonderfriedens stiehe Frankreich auf dem Kontinent Deutschland gegenüber allein gegen Serbien, Griechenland, Rumänien, Dänemark, Polen, Belgien kämen in einem solchen Konflikt gar nicht ernstlich in Frage. Ein Sonderfriede mit Deutschland hätte also nur formellen und vorübergehenden Wert. Sei Frankreich klug, so halte es sich also Italien warm und verschaffe ihm vor allem Fiume.

Die durch eine Anzahl Blätter geleitete gefährliche Stimmung im Lande wächst. „Popolo d'Italia“ malt das Geistesbild eines neuen Krieges an die Wand. Italien werde, wenn es in Paris kein Recht bekomme, mit Deutschland Frieden schließen, dessen Anschluß an Deutschland unterstützen und gleichzeitig die Annexion Dalmatiens vornehmen. Mit Jugoslawien würde Italien spielend fertig. In Rom werden laut „Popolo d'Italia“ bereits Freiwillige für die „neuen Eventualitäten“ angeworben. Der „Corriere“ rät dem Volke dringend an, bei Demonstrationen auf der Gasse und den Plätzen keine allzu leidenschaftlichen Beschimpfungen gegen die Alliierten auszuüben und sie nicht zu provozieren, denn das könnte Italien nur schaden. Man möge die Zahl von Italiens Freunden nicht in einem Augenblick vernachlässigen, wo Italien mehr als je Freunde brauche. „Unsere Diplomaten“, heißt es, „ziehen sich vom Pariser Schachertische zurück, aber Italien zieht sich nicht aus Europa zurück“.

## Die englischen Arbeiter für Wilson.

w. Quag, 28. April. Die „Manchester Guardian“ mitteilt, haben die hervorragenden Arbeiterführer Englands, wie Henderson, Lodge, Smillie und Thomas, anschließend an den italienischen Zwischenfall in Paris an Wilson und Clemenceau, den italienischen Sozialisten Turati und Lloyd George Glückwünsche und Zustimmung zu dem Wilsonfriede der 14 Punkte geleistet. Das Telegramm an Lloyd George hat folgenden Wortlaut: „Die organisierte Arbeiterschaft ist erfreut, zu hören, daß Sie Wilson in den Bemühungen unterstützen, einen Frieden zu sichern, der auf den 14 Punkten basiert, die einen Teil der Waffenstillstandsbedingungen bilden und sich im Einklang mit den Kriegszielen der internationalen Arbeiterschaft befinden. Wir sichern Ihnen unsere persönliche Unterstützung und die unserer Freunde bei jeder Bemühung zu, dem Präsidenten zu helfen, um einen Frieden herbeizuführen, der in Wort und Geist auf den Bedingungen aufgebaut ist, die bei der Unterzeichnung des Waffenstillstandes festgelegt wurden. Die persönliche Ehre eines jeden Staatsmannes, der den Waffenstillstand auf Seiten der Alliierten unterzeichnet hat, besonders die Ihre, ebenso wie der künftige Frieden der Welt, steht hierbei auf dem Spiel.“

## Ador als Schiedsrichter?

D. G. Bern, 28. April. (Eigener Drahtbericht.) Der schweizerische Bundespräsident Ador ist dringend nach Paris berufen. Er reiste gestern mit dem Auto von Bern nach Lausanne, und von dort mit dem neuen Orient-Express nach Paris, wo er heute morgen 10 1/2 Uhr eintraf. Man vermutet in Genf, daß er berufen ist, in der Streitfrage zwischen Italien und den Vereinigten Staaten einen Schiedsspruch zu fällen.

## Wilson gegen Japans Forderungen.

D. G. Bern, 28. April. (Eigener Drahtbericht.) „Progress de Lyon“ meldet aus Paris: Die amerikanische Regierung ist fest entschlossen, zu verhindern, daß Japan die deutschen Inseln im Stillen Ozean und Kiautschou erhält. Die Erklärung Wilsons gegen alle Geheimverträge wird als Vorspiel neuer Ereignisse bezeichnet.

## Belgische Wünsche.

w. Amsterdam, 28. April. „Algemeen Handelsblad“ zufolge meldet der Pariser Korrespondent des „Etoile Belge“: Belgien wird Malmedy mit Umgebung erhalten. Frankreich und Belgien werden die Rheinlande 16 Jahre lang besetzt halten, Frankreich mit 200 000 Mann, Belgien mit ungefähr 20 000. Die Kosten der Besetzung des Rheinlandes fallen zu Teilen Deutschlands. Außerdem wird Belgien freie Fahrt auf dem Rhein zugestanden. Die Revision des Vertrages von 1839 wird einer Kommission übertragen, die aus einem Belgier, Franzosen, Holländer und Engländer bestehen soll. Darüber wird jedoch in den Friedenspräliminarien nichts besprochen werden, ebenso nicht über die limburgische und luxemburgische Frage, obwohl die letztere bereits dadurch, daß Frankreich aus eigenem Antrieb Belgien freie Hand gelassen hat, geregelt ist. Was die finanzielle Regelung anbelangt, erhielt Symans das feste Versprechen, daß Belgien, wenn Deutschland, wie erwartet wird, gemäß ist, sofort 25 Milliarden an Frankreich zu bezahlen, davon 7 Milliarden erhält.

\* Die Mitteilungen des belgischen Blattes über die Willigung der belgischen Forderungen werden ebenso auf Vermutungen und Wünschen beruhen wie die der französischen Blätter bezüglich der Forderungen Frankreichs. Auf Luxemburg scheint man bei der Neuregelung weniger Rücksicht nehmen zu wollen als auf Holland, das schon wiederholt die belgischen Ansprüche mit Entschiedenheit zurückgewiesen hat. Die Erledigung der finanziellen Entschädigung ist doch noch recht hypothetisch; denn es bleibt noch sehr abzuwarten, ob Deutschland tatsächlich bereit ist, 25 Milliarden sofort an Frankreich zu zahlen.

## Die Aufhebung der Schwarzen Listen.

w. Berlin, 28. April. Der Vorsitzende der britischen Mission überreichte am 27. April der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa folgende Note:

Ich bin beauftragt, Ihnen mitzuteilen, daß die alliierten und assoziierten Regierungen beschlossen haben, nach Mitternacht vom 28. zum 29. April alle schwarzen Listen von Firmen und Personen, die sie veröffentlicht oder zusammengestellt haben, zurückzunehmen und alle Verbote und Disabilitäten (Rechtsungültigkeiten) in bezug auf Handel und Handelsverbindungen mit Firmen oder Personen solcher Listen außer Kraft treten zu lassen. Die alliierten und assoziierten Regierungen behalten sich das Recht vor, alle oder einige solcher schwarzen Listen wieder einzuführen, falls sich dies als notwendig erweisen sollte. (gez. Kaling.)

Das W. V. bemerkt hierzu: Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß dieser Befehl der alliierten und assoziierten Regierungen, wie einwandfrei feststeht, auf ausdrücklichen Antrag der englischen Regierung gefaßt wurde.

## Nacht-Telegramme.

### Eine neue Einladung.

§§h. Berlin, 29. April. Die Alliierten haben am 26. April in Spa eine Note überreicht, in der Clemenceau, der Vorsitzende der Friedenskonferenz, im Namen der französischen, britischen, amerikanischen, belgischen und italienischen Regierungen die deutsche Regierung auffordert, alle zweckdienlichen Maßnahmen zu treffen, damit den Wünschen der alliierten und assoziierten Regierungen Gehör getan werde, um die mit Deutschland im Gange befindlichen wirtschaftlichen Unterhandlungen der alliierten und assoziierten Mächte über die Deutschland zu liefernden Nahrungsmittel und Rohstoffe zu erleichtern und zu beschleunigen. Die fünf alliierten und assoziierten Regierungen laden die deutsche Regierung ein, eine aus wenigen Mitgliedern bestehende Kommission von Spezialfachverständigen für Volksernährung, Seetransporte, Rohstoffe, Handel und Verkehr nach Versailles zu entsenden.

Reichsminister Erzberger ließ nach Spa folgende Antwortnote übermitteln: Ersuche, General Viduan mitzuteilen, daß die deutsche Friedensdelegation, dem in der Depesche von Herrn Clemenceau geäußerten Wunsch entsprechend, bereits 25 Sachverständige auf wirtschaftlichem und industriellem Gebiete umfaßt. Näheres wird die deutsche Friedensdelegation mündlich mitteilen. Sollte eine ergänzende Kommission notwendig sein, so würde diese schnellstens nach Versailles abreisen.

## Neue Drohungen Hallers.

§§h. T. Horn, 29. April. Der polnische General Haller setzte in einer Unterredung mit Vertretern des polnischen Korrespondenzbüros seine Drohungen gegen Deutschland fort. Seit der polnischen Wahlen betreten habe, erkenne er Bismarck und die polnische Nationalversammlung als oberste Gewalten an. Marschall Hoch unterstehe er nur nominell. Polen werde der ganzen Welt den lauten Schmutz entgegenzuschleudern, daß es Danzig niemals aufgeben werde. In Paris sei man von den deutschen Lügen, Danzig und den Ostseebereich als deutsch hinzustellen, überzeugt.

## Die Offensive gegen Räte-Ungarn.

\* Der konzentrische Angriff gegen die madjarische Räte-Republik macht weitere Fortschritte. Die Osenpeter Regierung gibt zu, daß die rumänischen Vorkorps am 26. April Bedes-Czaba genommen und über diesen Ort vorgebrungen sind; sie stehen dort nur noch 70 Kilometer von der Weich. Die madjarischen Rätekorps sind dort, wie es im Osenpeter Berichtsbericht euphemistisch heißt, „zurückgenommen“ worden, d. h. vermittels ausgetrieben, wie sie es vor einigen Tagen bei Debreczin taten, das die Rumänen besetzt haben. Weiter nördlich dringen die Rumänen gegen das Weich-Anie bei Csap vor, um den Tschacholawen bei Ungvár die Hand zu reichen. Nach Osenpeter Meldungen soll ein rumänischer Angriff gegen die Weichbrücken bei Csap durch die madjarischen Truppen zurückgeschlagen worden sein. Ein Blick auf die Karte zeigt, daß es sich dabei vermutlich nur um schwache rumänische Vorkorps gehandelt haben kann.

Gleichzeitig hat im Süden der Vormarsch von serbischen Truppen, unterstützt von den im Banat befindlichen französischen Truppen, von Szabadka (Maria-Theresienstadt) aus begonnen. Oberkommandierender der serbischen Truppen ist General Stepanowitsch. Die Verhandlungen über die Mitwirkung der südslawischen Truppen an einer Aktion gegen Ungarn waren vor etwa 14 Tagen resultlos abgebrochen worden, da der französische Kommandant keine Vollmachten hatte, den Wünschen der Belgrader Regierung bezüglich gewisser territorialer Forderungen zu entsprechen. Nach Eintreffen neuer Zusagen aus Paris, die besonders Fiume betreffen sollen, hat die Belgrader Regierung ihre Mitwirkung gegen Räte-Ungarn beschlossen.

Die madjarische „rote“ Diktatur befolgt der „Kriegsminister“ der Räte-Republik, der den unarmatischen Namen Böhm führt. Dieser hat die A- und S-Mäde vollkommen ausgeschlossen, indem er befahl, daß die Arbeiter- und Soldatenräte keinerlei militärische oder strategische Maßnahmen selbständig anordnen dürfen; Zuwiderhandlungen würden vor das Revolutionstribunal gestellt. Herr Böhm scheint also auch erklart zu haben, daß, wenn man von der Wehrmacht Leistungen verlangt, einerlei, ob es sich um eine monarchische oder republikanische, eine demokratische, sozialistische oder kommunistische Wehrmacht handelt, man das Heer zuerst disziplinieren und dem Einfluß der Straße wie der Parteipolitik entziehen muß. Zum Generalstabschef der madjarischen „Roten“ Armee ist der „Genosse“ Aurel Stromfeld ernannt worden, d. i. der ehemalige Oberst des Generalstabes der ehemaligen österreichisch-ungarischen Armee Aurel von Stromfeld, der während des Krieges zuletzt Generalstabschef des 26. Korps des Generals von Horjessy war und es verstanden hat, dieses Korps nach dem Zusammenbruch ohne Verluste vom Biate zurückzuführen. Stromfeld galt als ein überaus befähigter Offizier, aber auch ein solcher kann nichts ohne ein gut diszipliniertes Heer anrichten, und diese Eigenschaft fehlt der „roten“ Armee fast vollständig.

Ob und inwieweit die Tschacholawen in die Einkreisung Räte-Ungarns schon eingegriffen haben, ist nicht klar; amtliche Nachrichten darüber fehlen ebenso wie über die Antwort, welche die Weichbrücken im Osenpeter dem englischen Oberst Cunningham am auf die Forderung der sofortigen Abankung der madjarischen Räteregierung erteilt haben. Diese ist jedenfalls noch am Ruder und denkt augenscheinlich nicht daran, das Spiel schon verloren zu geben. Sie hat zahlreiche Emisäre nach Deutschland geschickt, welche dort für mehrere Millionen Kronen Dynamit und andere Sprengstoffe ankaufen sollen.

## Minister Heine über die politische Lage.

Abt. Auf Einladung verschiedener Vereine, an der Spitze der Reichsverband Ostschub, fand sich Sonntag mittag im Palasttheater in Berlin eine von mehreren Tausend Personen besuchte Versammlung zusammen, die im Hinblick auf die Friedensverhandlungen einmütig ihre Stimme gegen die Herrschaft Deutschlands erhob. Der Vorsitz hatte Herr Oberregierungsrat von Tilly, der nach kurzen Einleitungsworten dem Minister des Innern Heine das Wort gab. Dieser führte u. a. aus:

Deutschland lebt in einer Stunde der Sorge, ja fast der Verzweiflung. Unsere Friedensunterhändler sind nach Paris bestellt worden. Man hat gestritten, ob sie verhandeln können oder nur ein Diktat entgegenzunehmen haben. Es konnte die Frage entstehen, ob die Regierung nicht schon vorzeitig auf internationaler Höflichkeit, wenn sie Gefandte und Legationssekretäre hinschickte, und ob nicht schon ein Feldlager genügt haben müßte. (Lebhafte Zustimmung.) Aber die Regierung hat fortgesetzt gehandelt. Die Franzosen haben uns mitgeteilt, daß verhandelt werden soll. Was wir annehmen, dürfen wir nicht anders als nach reiflicher Überlegung annehmen. Unsere Unterhändler müssen wissen, daß der Wille des Volkes hinter ihnen steht.

Wenn wir heute gegen die bekannten Pläne der Feinde protestieren, so wollen wir bei ihnen nicht um Gnade betteln. (Lebhafte Zustimmung.) Wir sind geschlagene Männer, wollen uns aber nicht betragen wie verprügelte Kinder. (Lebh. Zustimmung.) Darum weise ich weit weit ab die Veruche, uns Deutschen einzureden, wir müßten uns demütigen, weil wir die Schuld am Kriege tragen. (Beifall.) Solche Schulduntersuchungen sind nicht nur Zeichen von Schwäche, sondern auch von Unehrllichkeit. Wenn Deutschland so tief gesunken ist, so sagen wir Deutschen uns, daß die Politik der Vergangenheit und vieles, was während des Krieges geschehen ist und auch vieles, was im deutschen Wesen liegt, für diesen tiefen Fall verantwortlich ist. Aber uns vor den Feinden als Schuldige hinstellen, wäre ebenso falsch, als wollten wir sagen: wir allein sind die Unschuldigen.

Freilich, wenn wir protestieren gegen die Unaufrichtigkeit, so rechnen ich nicht darauf, bei den Machthabern der anderen Nationen Gehör zu finden für die Stimme des Rechts und der Wahrheit. Diese Machthaber sind verblendet von Machtgier, Eitelkeit und Hölle. Wir appellieren an die Völker.

Heine legt dann dar, daß die deutsche Annahme der Wilsonschen Punkte einen Vertragszustand geschaffen habe. Wir sind jetzt im vertrauensvollen und moralischen Rechte, wenn wir verlangen, daß man Verbürgtes auch halte. Dann geht Heine auf den Wilsonschen Gedanken der Selbstbestimmung der Völker ein und erwähnt dabei auch die Schaffung des Deutschen Reiches. (Zuruf: Die Hohenzollern waren es!) Das deutsche Volk war es! (Zuruf: Bismarck war es! — Schuldenrisse erneuern.) Ich müßte kein Demokrat sein, wenn ich verlernen wollte, was allein aus dem Volke herauskommen kann. (Zuruf: Was dabei herauskommt, sieht man.) Endgültige Arbeit kann aber nur geschaffen werden in übereinstimmung mit den Völkern und nicht durch neue Gewaltakte, wie man sie zu Versailles zu planen scheint. (Lebhafte Widerspruch.) — Zuruf: Belgien hätte neutral bleiben können.) Aber man soll nicht neues Unrecht daraufbauen. Auch wir Deutschen haben unter nationaler Pflicht. Darum protestieren wir, daß Danzig und Westpreußen den Polen angeteilt werden soll, daß man das Grenzgebiet abreißen und das linstheiniische Gebiet unter französische Herrschaft bringen will.

Was Polen betrifft, so ist es die deutsche Arbeit, die die Grenzen zu ziehen hat, nicht alle Dokumente, wobei die von der dritten Teilung Polens noch von der ersten Schlacht bei Tannenberg. Wo deutsche Kultur und Arbeit den Ausschlag gibt, ist das Land deutsch. (Stürmischer Beifall.)

Die Franzosen bilden sich ein, daß noch ein Heer von Millionen bei uns bereit stände, um über sie heranzufallen. Leider Gottes ist das nicht so (Hört, hört.) Aber wir sind nicht schwach, wenn wir auch nicht kämpfen können. Wir werden unsere Kräfte aufsummieren, und zwar je eher, je stärker das Unrecht an uns

(Lebhafter anhaltender Beifall.) Wenn wir uns wieder an nationaler Größe erheben sollen, so müssen wir freilich anders sein und arbeiten, als in den letzten Monaten. (Lebhafter Beif.) Sie müßten ohne Unterschied der Partei einmütig handeln und zusammenstehen. Wer Gruben jünger, das Kali im Boden vermischen läßt, wer den Verkehr unterbindet durch frivole Streiks, er wirkt zerstörend. (Lebhafter Beifall.) Wer verlangt, daß wir zum Schutze von Grenzen und Staatsordnung geübten Soldaten und freiwilligen Truppen aufstellen sollen, wer sie entlohnt, der begeht Landesverrat. (Allseitiger anhaltender Beifall.) Wir brauchen Einmütigkeit. (Ausruf: Wir brauchen mehr.) Heute gibt es nur noch die Interessen des deutschen Volkes, und die Freiheit, Gerechtigkeit, Arbeit und nationale Unverletzlichkeit. (Stürmischer Beifall.)

§§ In derselben Versammlung äußerte sich auch der Zentrumsgesandte Dr. Pfeiffer gegen die Verhinderung Deutschlands. Er hielt den Feinden vor, daß sie durch übertriebene Forderungen an dem Abwandsdenken in Deutschland Boden schafften und die Gefahr eines baldigen Wiederausbruches des Krieges herbeiführen würden.

Der „Vorwärts“ hält es für nötig, hoch und teuer zu warnen, daß die Sozialdemokraten von irgendwelchen Abwandsdenken auf keinen Fall etwas wissen wollten, jede Propaganda für einen späteren Vergeltungskrieg auf das leidenschaftlichste bekämpfen und die Beseitigung des Unrechtes, das uns jetzt etwa auferlegt würde, nur von einem Siege des Rechtsgedankens, der Menschlichkeit und der Vernunft erwarteten. Darüber allerdings ist sich der „Vorwärts“ nicht klar: Je ungerechter der jetzige Frieden gegen Deutschland ausfällt, desto schwerer wird es für die Sozialdemokraten sein, einer Abwandspropaganda mit Erfolg entgegenzutreten.

### Die neuen Bischöfe von Straßburg und Metz.

w. Die „Dtsch. Allgem. Ztg.“ meldet aus Zürich: Papst Benedikt hat soeben auf Grund des für Elsass-Lothringen noch geltenden Konkordates den von der französischen Regierung vorgeschlagenen Elsäßer Bischof von Straßburg, seit 1914 französischer Armeebischof, zum Bischof von Straßburg und den bisherigen Wieser Generalbischof Pelf zum Bischof von Metz ernannt. Gleichzeitig bewilligte Rom die angebotene Verzichtserklärung der Bischöfe Frisken von Straßburg und Venzler von Metz. Diese Lösung der elsässischen Kirchenfrage ist die erste Frucht der von Rom durch Kardinal Amette mit Clemenceau geführten Verhandlungen. Die Ernennungen stellen also einen Akt der französischen Staatshoheit über Elsass-Lothringen und ihre Anerkennung durch die Kurie dar. Im Gegensatz dazu blieben nach 1870 die beiden Bischöfe im Amt, sogar der aus der Normandie stammende Bischof von Metz, der aus dem Bistum von Metz, obwohl er kaum ein Wort Deutsch sprach. Die Bischöfe Frisken und Venzler haben allerdings freiwillig resigniert, doch waren der Kurie und dem Volk damit nicht einverstanden, weil die beiden Bischöfe sich große Verdienste erworben haben und sich großer Beliebtheit erfreuen.

### Rückkehr der Chinadeutschen.

w. Rotterdam, 28. April. Gestern begann die Ausfuhr der mit dem Dampfer „Arenas“ aus China angekommenen 720 Deutschen. Dieses erste Kontingent chinesischer Chinadeutscher besteht hauptsächlich aus den Chefs und Angestellten der größten deutschen Handelshäuser in Schanghai; es sind weder Frauen noch Kinder mitgenommen. Der Dampfer ist am 17. März von Schanghai abgefahren und hatte in Singapur 6 Tage Aufenthalt, da 6 Deportierte starben. Zum Empfang hatten sich u. a. einige Mitglieder der deutschen Gesandtschaft im Haag eingefunden. In den nächsten Tagen werden die Dampfer „Nora“ und „Novara“ erwartet, die auch Frauen und Kinder mitbringen. Die gestern ausgefuhrten Deutschen sind nachmittags nach Deutschland weitergefahren.

### Neue Lohnforderungen.

§§ Die Handwerker und Arbeiter der Eisenbahn in Berlin haben eine weitere Erhöhung ihrer Löhne verlangt. Danach würde ein 27jähriger Eisenbahn-Handwerker in Zukunft 28 Mark täglich verdienen statt bisher 20 Mark, ein 18jähriger nahezu 20 Mark. Die Handarbeiter und Handwerker der Eisenbahn würden sich damit erheblich besser stellen als die Kopparbeiter. Die Gesamtsumme der Ausgaben der Eisenbahnverwaltung würde sich nach Bewilligung der Forderungen, wie der Eisenbahnminister einer Abordnung der Leute auseinandersetzte, um 3 Milliarden Mark erhöhen.

Über eine neue Lohnbewegung der Hamburger Hafenarbeiter schreiben die „Hamb. Nachr.“: Die Leitung des Transportarbeiterverbandes hatte Sonntag nachmittags eine Versammlung einberufen, um den Bericht über die Verhandlungen mit dem Hafen-

betriebsrat entgegenzunehmen. Die Versammlung lehnte das Antrag des Vereins einmütig ab. Es gelangte eine Entschliessung zur Annahme, in der die Versammlung erklärte, mit allen Mitteln die Forderung auf Erhöhung des Tagelohnes um 6 Mark zur Durchführung zu bringen.

### Die Lage im Ruhrgebiet.

w. Essen, 28. April. In den heutigen Frühstunden waren 12 586 Bergarbeiter ausständig gegen 44 688 am Sonnabend. Es wird auf allen Becken gearbeitet. — Im Essener Revier streikten auf den für die Gasversorgung wichtigen Schächten Mathias Stimmus und Vor Welheim noch etwa die Hälfte der Belegschaft. Auf 211 von etwa 240 Schächten wird heute voll gearbeitet.

w. Essen, 28. April. In der heutigen Mittagsstunde ging die Zahl der streikenden Bergleute auf 6735 gegen 30 544 am Sonnabend zurück.

### Verschiedene Mitteilungen.

w. Der Friedensauschuss der Nationalversammlung ist nunmehr zu einer Sitzung für Freitag dieser Woche, nachmittags 6 Uhr, einberufen worden. Die Sitzung findet in Berlin, und zwar im Reichskanzlerpalais statt.

— „Hofnachricht.“ Reichspräsident Ebert stattete Sonnabend vormittag Hoppegarten einen Besuch ab. Mit dem schwedischen Gesandten und Herrn Valzer besichtigte Herr Ebert den bei Trauer Th. Wastien untergebrachten Rennstall des letzteren. Dies Interesse an Vollblütern und Pferderennen beim obersten Beamten der Republik dürfte dem Wohl der Sache nur förderlich sein. — So schreibt der „Tag.“

D. Reichswehrminister Moske, der nach einer Bamberger Meldung am Sonnabend in Ingolstadt zur Übernahme des Oberbefehls gegen München eingetroffen sein sollte, ist wie die „Königsberger Allg. Ztg.“ meldet, am Sonntag von Libau kommend, in Königsberg angekommen, um die in Königsberg und Umgebung liegenden Truppenteile des Grenzschutzes und des Königsberger Volkwehrrückens zu begreifen. Im Schlosshofe fand eine Truppenparade statt, an der auch der Oberpräsident und der Kommandierende General teilnahmen und bei der Moske eine Ansprache hielt. Er sprach den Verteidigern der Grenze, Offizieren und Mannschaften, seinen Dank aus und äußerte sich ausführlich über die Lage im Reich und im einzelnen in Bayern. Nach der Truppenparade hielt der Minister Besprechungen mit den Zivil- und Militärbehörden ab und nahm dann an einer Versammlung der mehrheitlich sozialdemokratischen Vertrauensleute teil. Moske ist in Königsberg als Redakteur der „Königsberger Volkszeitung“ tätig gewesen.

w. Der Reichsverband der deutschen Presse führte in Berlin am Montag, den 28. April, die Verhandlungen seiner Delegiertenversammlung zu Ende. Die Bestimmungen der neuen Satzungen über Art und Weisen, die seiner künftigen Gestaltung zur Erreichung seiner Ziele dienen sollen, sowie die Festlegung über die künftigen, von seinen Mitgliedern zu erhebenden Beiträge werden in näherer Beratung erledigt. Der ganze übrige Tageskongress wurde an bloß angenommen. Er wird einer nochmaligen Ausschussberatung unter Berücksichtigung der in den Aussprachen hervorgetretenen Wünsche unterworfen und dann vollendigt beschlossen werden. Des weiteren gelangten zwei Entschliessungen zur Annahme. Die eine vom sozialen Ausschuss eingebracht erludt den Vorstand, zu erklären, daß die Einbeziehung der Redakteure in die Organisation der übrigen Angestellten der Zeitungsbetriebe, wie sie durch die Verordnung vom Dezember 1915 für die Wahl von Angestelltenausschüssen und von Arbeiteräten vorgeschlagen wurde, mit den Lebensinteressen der Presse unvereinbar sei. Für die bevorstehende Neuordnung des Presse-Systems und die Handhabung des Wahlbestimmungsrechts in den Betrieben wird die Bildung eigener Betriebsausschüsse für die Angestellten der Redaktion neben den schon vorhandenen Arbeiter- und Angestellten-Ausschüssen gefordert. Eine zweite Entschliessung erbetet Einspruch gegen die Bedrückungen, denen die Presse in den besten Gebieten im Westen und Osten unter der feindlichen Besatzung ausgesetzt ist und spricht den beteiligten Kollegen die vollste Sympathie aus. Endlich fand noch ein Antrag des Verbandes der rheinisch-westfälischen Presse Annahme, demzufolge für eine reichsrechtliche Regelung der Sonntagsruhe im Zeitungswesen unter Vorfall der Montagblätter eingetreten werden soll.

D. Solvesan-Schmuggel. In Hamburg fanden den „Hamb. Nachrichten“ zufolge Kriminalbeamte bei einer Hausdurchsuchung in einem Kontor für 40 000 Mark Solvesan. Der Geschäftsinhaber setzte seiner Verhaftung Widerstand entgegen und gab verschiedene Schüsse auf die Beamten ab; er wurde schließlich überwältigt und mit seinen Komplizen verhaftet.

§§ Der 1. Mai in Berlin. Für den zum Nationalfeiertag erklärten 1. Mai darf nach der Verordnung des Reichswehrministers in Groß-Berlin der Polizeipräsident auf Antrag öffentlicher Versammlungen nicht nur in geschlossenen Räumen, sondern auch unter freiem Himmel sowie den geschlossenen An- und Abmarsch auf diesen Versammlungen oder von ihnen genehmigen. Die Anträge müssen nach Bekanntmachung des Polizeipräsidenten 48 Stunden vorher eingereicht sein. Diese Verordnung bedeutet eine Milderung des in Groß-Berlin bestehenden Belagerungszustandes zugunsten der Maifeier. In Bezug auf den Verkehr in Groß-Berlin am 1. Mai haben die Straßenbahnen eine Stellung des Verkehrs beschlossen, die Leute der Hoch- und Untergrundbahn sowie der Eisenbahn wollen sich nach schlüssig werden. Die Berliner Theater bleiben am 1. Mai geschlossen.

w. Bankraub in Neber (Odenburg). Am Sonntag nacht umfachte eine 60 bis 70 Mann starke Räuberbande, die sich unkenntlich gemacht hatte, die Filiale der Odenburger Spar- und Leihbank und das daneben liegende Privathaus des Direktors der Bank. Alsdann zwangen sie den Vorsteher zur Öffnung der Gewölbe und raubten 87 000 Mark, mit denen sie verschwanden.

## Schlesien.

### Die Lage in Oberschlesien.

\* Trotz der Zusicherungen, die Staatskommissar Göring den Gewerkschaftsführern am Sonnabend gemacht hat, ist eine Beruhigung im ober-schlesischen Industriegebiet nicht eingetreten. Der Arbeitererrat Hindenburg, der unter Führung des Rechtsanwalts Lichtenstein nur aus unabhängigen Sozialdemokraten und Nationalpolen besteht, läßt die Arbeiterschaft nicht zur Ruhe kommen, und man versucht es, sie in den Generalstreik hineinzubekommen. Wie von der Pressestelle des Staatskommissars für Oberschlesien mitgeteilt wird, hat die Belegschaft der bei Weuthen gelegenen Heinitzgrube dem Bergarbeiterverband folgende Forderungen übermittelt:

1. Stilllegung der angefangenen Arbeiten über und unter Tage; 2. Stilllegung des Hefeschlages und der maschinellen Betriebe; 3. Einstellung der Kohlenverladung vom Beltand; 4. Ausgabe von Lebensmittel während der Streiktage; 5. Bildung einer Grubenwehr, in Stärke eines Arbeiterauschusses und von Sicherheitsmännern; 6. Absetzung des Generalbevollmächtigten Bergrats Kahle; eines Fahrleiters und Steigers; 7. Bezahlung der Streiklöhne; 8. Einführung der sechs Stunden schicht; 9. Aufhebung des Belagerungszustandes; 10. Auflösung des Grenzschnitzens und 11. Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann.

Der Ausstand der ober-schlesischen Elektrizitätsarbeiter dauerte auch am Montag noch an. Außer den im letzten Abendblatt erwähnten Bergwerksbetrieben haben infolge Mangels an Elektrizität Betriebsbeschränkungen vornehmen müssen: die Hultschiner Werke, die Drahtwerke, die staatliche Hütte, die Gleiwitzer Gruben und die Chamottefabrik in Gleiwitz, die von den Elektrizitätswerken Strom beziehen. In Gleiwitz selbst haben Montag nachmittags neue Unterhandlungen zwischen der Direktion und dem Arbeiterauschuss stattgefunden.

### Zur Lage liegt folgende Wolff-Meldung vor:

Reuthen, 28. April. Der Ausstand der D. C. B. Centrale Chorzow ist heute abend gegen 6 Uhr beendet worden. Durch diese zentrale werden die Städte Weuthen, Rattowitz und Königsgrube mit elektrischer Kraft versorgt. In der Centrale Zabrze dauert der Ausstand noch an, Gleiwitz und Sienburza und dabei noch Krosno. Zu dem Ausstand ist noch zu berichten: In Gleiwitz ruht die Arbeit vollständig, in Zabrze zum größten Teil. Es streiken dort die Zeigelschen Drahtwerke, die Königin Luise-Grube, Borjia-Werke und die Hultschiner-Werke. In Bietichowitz gewinnt der Ausstand an Boden. Die Graf-Franz- und Wolfgang-Grube haben sich dem Ausstand angeschlossen. Auf der Brandenburg-Grube ist der Generalstreik proklamiert. In Weuthen ist die Belegschaft der Heinitz-Grube ebenfalls in den Ausstand getreten.

\* Bezüglich der Gleiwitzer Vorgänge vom 25. d. M. deuten verschiedene Umstände darauf hin, daß es sich um einen vor-

## Gold.

Novelle nach dem Kleinrussischen von A. Petk.

Die Wäde des Alten schweiften über den weißen Hof zu seinem Antefen hinüber, welches mit dem des Rosalen zusammengrenzt. Er sieht keine Hütte wie einen schwarzen Punkt im Schnee daliegen, und bei der Erinnerung an all die schauerhaften, schrecklichen Nächte, die er dort drinnen erlebte, schauerte er laut auf.

Er kann nicht anders, er muß sprechen, klagen über die Verwirrung und Unordnung im Leben, über die Uneinigkeit der Menschen und ihre Verderbnis, sowie über seine Einsamkeit und beständige Unruhe. Und er will, daß man ihn versteht und bedauert.

„Man sieht im Menschen nichts Gutes!“ fängt er voll Bitterkeit an, seine langen roten Augenlider niedererschlagend. „Man sieht nichts... Wohin wird das führen! Verloren ist die ganze Welt! Gott und sein Recht ist vergessen! Die Freiheit, die Freiheit! hat man geschrien, aber: Wie? Was? Wozu? — hat man nicht verstanden. Jetzt ist Raub und Mord überall! Sobald man bemerkt, daß jemand Geld hat, sofort sind sie da mit Messern und Revolvern! Daß sie vor Gott Rechenschaft ablegen müssen, daran denken sie nicht. Ja, fürchterliche Menschheit! Dazu hat diese Freiheit geführt! Man nennt sich auch Sozialist, aber sie kennen nicht die Pflichten eines solchen. Das Aussehen verstehen sie...“

„Ja weiß!“ unterbricht ihn müde und rauh Utin. Dann tastet er an den Außenseiten seiner Hodaschen und zieht Tabak und Papier hervor.

Eine Weile hört man nur das Knistern des Papiers, welches der Rosal mit seinen harten, groben Fingern rollt. Plötzlich leuchtet unerwartet und hell ein Streichholz auf. Helle Lichtflecke springen aus den schmutzigen Handflächen Utins, tänzeln auf dem Schnee und gleiten nach oben. Eine Schneeflocke blüht in dem Lichtschein wie ein Funke und verschwindet in der Dunkelheit.

„Ja — Ich war neulich beim Kaufmann. Alexander Petrov fand breit am Tisch und erzählte: Nun ja, wir warten noch, aber nicht mehr lange; bald werden wir alle gleich sein. Werst Du, Utin, was für einen Versuch sie haben?“ Der Alte springt auf und tragt mit kleinen Schritten im Schnee hin und her, um sich zu erwärmen. Seine Hände hat er tief in den Taschen vergraben und seinen Stock an einem Arm gehängt, so daß er bei jedem Schritt laut aufschlägt. „Reiche Leute sollen nicht mehr sein! Siehst Du, worauf sie ausgehen, diese Teufel!...“

„Nun, von der Gleichheit spricht man nicht, Alter!“ Utins hellere Stimme klingt ruhig und doch erregt. Er befreit die Eden seines Modtragens von Weiß und verdeckt sich wieder hinter dem Stragen, aus welchem gelber Tabakrauch aufsteigt.

„Es muß Gleichheit herrschen!“ Das Rosalenlappi und zwei Antefelnde Augen schnellen empor. Utin hat seinen ganzen

Kopf freigemacht. „Matthäus Babanows Großvater war Offizier und diente in demselben Regiment, in dem mein Großvater stand. Mein Großvater hat bei einer Attacke sein Blut vergossen, sein Großvater stand in einem Graben und suchte mit seinem Säbel in der Luft herum. Nach dem Kriege bekam dieser tapfere Offizier große Ländereien in Sopra angewiesen — gewiß für seine Tapferkeit. Unser Land! — Jetzt kann Matthäus seine Hände in den Schoß legen; Raub und Mord bekommt er seine Rente... Als man mich ins Regiment einreichte, habe ich mein letztes Bandstüd verpfänden müssen!“

Die letzten Worte hat er mit erhöhter Stimme gesprochen, jetzt schleudert er den Rest seiner Zigarette fort, spuckt dem Alten vor die Füße und schimpft: „Ich habe meine Zeit in Ehren ausgegeben, komme zurück und habe kein Land, keine Weibe, und meine Frau muß als Köchin dienen! Und bis heute bin ich ein Bettler geblieben und muß es bleiben bis an mein Lebensende! Das ist ein verdammtes Leben! Man arbeitet, arbeitet und hat nichts! Man lebt schließlich nur, um zu arbeiten! Und für wen ist die Arbeit?“

Der Alte zeichnet mit seinem Stock ein Kreuz in den Schnee. Dann hebt er seinen Kopf und sagt streng: „In der Heiligen Schrift steht: Im Schweige deines Angesichts sollst du dein Brot essen! Gewiß, die Erdenlose scheinen manchmal ungleich verteilt, aber...“

Der Rosal lacht höhnisch auf. „In der Heiligen Schrift steht auch: Gib dein Geld den Armen!“ Hast Du auch nur etwas gegeben? Na, dann sprich besser nicht von der Heiligen Schrift. Für mich und für Dich ist das nichts, was dort geschrieben steht. Reich können wir nicht mehr atmen vor lauter reichen Leuten, sie werden alles nehmen: Land, Wasser und Luft! Diese habgierigen Teufel!... Es gibt ja solche, die ihr Geld unter dem Fußboden verstecken und es dort liegen lassen! Sie selbst stehen da vor wie der Hund vor dem Heu: er selbst frisst kein Heu, aber gönnt auch den Pferden nicht, sich satt zu fressen!“

Schon zehn Jahre kennt Rosal den sonst so ruhigen, phlegmatischen Rosalen. Niemals sprach er von seiner Not. Mit einem ständigen, rätselhaften Lachen in den Mundwinkeln lebte er vor sich hin. Seine schwarze, harthörnige Frau schenkte ihm Jahr für Jahr ein Kind. Und — ohne jemals sein Lächeln zu verlieren — verkaufte er zuerst sein Bartstiefel, dann seine Säene, dann das letzte, schon verfundene Landstüd und endlich sein Pferd. Vom Rest des Erlöses für das Pferd kaufte er sich eine dreiteilige Harmonika.

Seit dieser Zeit gibt er den ganzen Tag auf dem Hof und mit den traurigen Melodien, welche er seinem Instrument einlost, verlegt er auch die Vorübergehenden in wehmütige Stimmung.

Rosal kannte alle die einfachen Gedanken des Rosalen. Er hielt ihn für beschränkt und sah etwas auf ihn herab wie auf einen guten, dummen Jungen.

Und jetzt plötzlich — diese pötrischen Anspielungen diese beißenden Worte! Aus ihnen sprachen neue, freche Kläffel! Diese Vorwürfe sind so unerwartet, so plötzlich, daß sie den Alten treffen wie ein Faustschlag. Er bleibt wie angewurzelt stehen und läßt vor Schreck seinen Stock fallen...

„Was Du da sprichst, Andron, sind schlechte, schmutzige Worte! Sie zeigen nicht von großem Verstand. Du denkst, wenn jemand Geld hat, ist ihm wohl, aber Du überlegst nicht. Sonst wüdest Du oft sehen, daß er vielleicht selbst nichts essen kann!“

„Erzähle Du nur. Ich habe nur noch den einen Gedanken: Nimm, wo Du nehmen kannst! Du hast genug übrig, also gib... Nach kurze Sacke. Für mich gibt es nur noch eins: Nimm, dann laßt Du... Man spricht da von Sünde. Was für eine Sünde ist denn das, wenn ein Mensch vor Hunger verreckt?“

Dem Alten fährt es kalt durch und durch; seine Zähne fangen an zu klappern.

„Das Neu!“ Dieser Gedanke macht seinen Kopf leer und doch schwer...

Der selbe freche Ton, dieselbe dreiste Überzeugung. Dieses schredliche Neue, das die ganze Erde mit Blut tränkt, und ihn und alle Leute in Schreden setzt. Dieses Schredliche, das ihm Schlaf und Ruhe genommen. Wie kommt das hierher? Auf welchem Wege gelangte das in diesen einsamen, gesunden Kopf? Diese Seuche kommt durch die Luft wie Nebel, ergießt sich über Weib und Feld und stekt alle Leute mit ihrem verderblichen Gift an. Man weiß jetzt nicht, wo man Freund, wo man Feind zu suchen hat. Der da ist nicht mehr dein Nachbar, der ruhige, bedauerndere Rosal Utin, nein, auf dem Stroß dort: sitzt ein fremder, schredlicher Räuber. Dieses Unglück! Gott helfe uns!... So denkt der alte Hausierer in seinem tödlichen Schreden. Er weiß nicht, was er sagen soll, ja, er wagt gar nicht einmal zu sprechen. (Fortsetzung folgt.)

### Rundnachrichten.

o. Die Glogauer städtischen Behörden haben beschlossen, der aus Glogau gebürtigen Dichterin Alberta von Buttamer zu ihrem 70. Geburtstag, am 6. Mai d. J., den Ehrenbürgerbrief der Stadt Glogau zu überreichen. Obwohl durch ihren Lebensgang seit Jahrzehnten dem Südwesten Deutschlands angehörig, hat Alberta von Buttamer ihrer schlesischen Heimat und ihrer Vaterstadt stets ein treues Gedenden bewahrt und erst kürzlich auch dichterisch bezeugt.

— Postwertzeichenversteigerungen des Reichspostmuseums in Berlin werden demnächst veranstaltet werden. Die erste Versteigerung, bei der Restbestände ungebrauchter Postwertzeichen der früheren deutschen Postanstalten in der Kürze (Ausgabe 1906/12 mit Wasserzeichen) verkauft werden sollen, wird voraussichtlich Mitte Juni stattfinden. Die Einzelheiten werden noch bekanntgemacht werden.

berückten Fuß auf handelte. Bei dem Auftauchen vor dem Herrenkonfektionsgeschäft von Walter u. Co. führte besonders ein unbekannter, wahrscheinlich von auswärts gekommener Mann, aufreizende Reden, die das gütliche Zureden Anderer wirkungslos machten, und es war dies dieselbe Persönlichkeit, die vor kurzem bei der Demonstration gegen einen Gewaltfrieden sich als Heber und Schreier besonders hervorgetan hatte. Bei den erneuerten Zusammenrottungen am Nachmittag wurde ebenfalls von unsauberen Elementen zur Plünderung aufgeleitet. Die Opfer der beklagenswerten Vorgänge waren 8 Tote und etwa 20 Schwerverletzte.

Werkenswert sind die Ausführungen, die hierzu Staatskommissar Hörsing den Gewerkschaftsführern gegenüber machte. Er bemerkte u. a.:

Es wird dem Militär alle Schuld beigemessen, ich weiß nicht, ob das richtig ist, zumal ja sehr viel Stimmen anderer Meinung sind. Es zieht von Juda-Zuborze ausübend ein Schreckensgeheimnis durch den Industriebezirk, das nur die Plünderung von Geschäften im Auge hat. Ein Matrose und zwei Zivilisten sind es, die da verfahren, Menschenmassen um sich zu sammeln, den Ahnungslosen etwas vorzutun, die dann die Opfer werden; die Unruhestifter, die auch in anderer Kleidung auftreten, sind dann verschwunden. Leider gibt es immer noch Menschen und sogar in großen Scharen, die sich irren führen lassen und dann unschuldig büßen müssen. Der Forderung, den Grenzschutz zurückzuziehen, kann nicht stattgegeben werden, denn ein Schutz muß doch sein, wenn nicht alles in Trümmer gehen soll, und das wollen Sie doch auch nicht. Wo das Militär sich übergriffe erlaubt, wird alles getan werden — das sage ich auch im Einverständnis mit dem Stabe der 117. J. D. — damit die Übergriffe unterbleiben, die Schuldigen bestraft werden. Aber Sie dürfen auch nicht die schwierige Lage des Militärs verkennen, die von Leuten, die nach Unruhen lechzen, beschimpft, verhöhnt, gereizt, mit Rot und Steinen beworfen werden. Wir müssen alle, damit meine ich alle anständigen und denkenden Menschen, sowohl die Zivilbevölkerung als auch das Militär schützen.

Ob der Lohn in den Betrieben zu gering ist, kann ich hier nicht unteruchen, das ist eine Frage der Gewerkschaft, die sich mit dieser Frage beschäftigen muß. Anders liegen schon die Dinge mit den Lebensmitteln; gewiß sind dieselben zu teuer und auch knapp. Wenn wir bisher nicht in der Lage waren, billige Lebensmittel und auch mehr liefern zu können, so sind einzig und allein die unglückseligen Streiks daran schuld, denn durch die Streiks wurden unsere Transportmittel lahmgelegt, und niemand kann heute sagen, wann die Lebensmittel herkommen, besonders, wenn mit neuen Streiks gedroht wird und alles über den Haufen geworfen wird, falls der gedrohte Streik ausbricht. Die Arbeiterschaft hat es selbst in der Hand, recht bald mehr und billigere Lebensmittel zu haben, wenn nur gearbeitet wird, damit die Regierung ihre Maßnahmen durchführen kann, und ich kann Ihnen versichern, daß die Regierung alles tut, damit die oberstelebensliche Bevölkerung mehr Lebensmittel und so billig als möglich erhält.

### Die oberstelebenslichen Schiedsgerichte.

\* Zur Angelegenheit der oberstelebenslichen Schiedsgerichte teilt uns die Pressestelle des Volksrates zu Breslau, Zentralrats für die Provinz Schlesien, folgendes mit:

Die Erklärung der oberstelebenslichen Industrieverwaltungen gegen die Einsetzung von Schiedsgerichten zur Entscheidung über die von den Besatzungen beschlossenen Beamtenabsetzungen ist insoweit begründet, als für die Einsetzung von Schiedsgerichten eine gesetzliche Grundlage fehlt. Gegen die Tätigkeit von Schiedsgerichten auf Grund gegenseitiger freier Vereinbarung können Bedenken nicht geltend gemacht werden. Der Staatskommissar für Oberschlesien hat denn auch seinerseits stets betont, daß er nicht beauftragt sei, Schiedsgerichte einzusetzen. Er hat sich vielmehr lediglich darauf beschränkt, bei den zwischen den Werksleitungen und den Besatzungen entstandenen Streitigkeiten seine guten Dienste für eine Vermittlung anzubieten, und bei diesen Verhandlungen angeregt, die Frage der Absetzung von Beamten durch ein auf Grund freier gegenseitiger Vereinbarung zu stellendes Schiedsgericht nachprüfen zu lassen. Der Vorsitzende dieses Schiedsgerichtes sollte auf Wunsch der Beteiligten von ihm ernannt werden. Von einem unzulässigen Vorgehen des Staatskommissars kann also keine Rede sein.

Zur Sache selbst ist folgendes zu bemerken: Ein Schiedsgericht ist in zwei Fällen tätig gewesen. Im ersten Falle — bei der Carsten-Zentrum-Grube — lag, was ausdrücklich festgesetzt wurde, eine Einigung zwischen der Verwaltung und den Beamten wie auch den Arbeitern vor. Der Schiedspruch sprach sich nicht etwa über die „Absetzung“ der Beamten aus, sondern nur über die Frage, ob im Interesse des guten Einvernehmens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern eine weitere Beschäftigung der Beamten auf ihren bisherigen Stellen wünschenswert sei. (§ 80, § 1 des Allgem. Vergenges.) Im zweiten Falle — bei der Cleophas-Grube — ergab sich, daß die erforderliche Einigung zwischen den Beteiligten nicht vorlag. Dies hatte seinen Grund in der Eile, mit der die Vorbereitungen getroffen werden mußten, da die streikenden Besatzungen vor der Entscheidung nicht einverstanden waren. Hier wurde ausdrücklich festgestellt, daß der Schiedspruch nur die Bedeutung eines Einigungs-vorschlages haben sollte. Im übrigen sind Schiedsgerichte gerade mangels der erforderlichen Einigung nicht in Tätigkeit getreten.

Die vom Wolffischen Telegraphenbüro in einem Kommentar zu der Resolution der Industrieverwaltung verbreitete Ansicht, daß diese Schiedsgerichte „rechtsgegenstandslos, aber leider geeignet seien, auf die Besatzungen verwirrend und von neuem aufreizend zu wirken“, trifft weder im Falle der Carsten-Zentrum-Grube, wo eine Einigung erzielt wurde, zu, noch im Falle der Cleophas-Grube, wo sich bereits während der Verhandlungen die Werksleitung bereit erklärte, einen wegen tatsächlich schwerer Mißhandlung beschuldigten Beamten zu entlassen. Der Gang der Verhandlungen hat vielmehr bewiesen, daß die Tätigkeit des Schiedsgerichtes gerade auf die Besatzungen aufklärend und offenbar beruhigend gewirkt hat.

### Landwirtschaftliche Siedelung.

\* Mit den Fragen der landwirtschaftlichen Siedelung hat sich die Öffentlichkeit seit einer Reihe von Jahren in zunehmender Weise beschäftigt. Der Krieg, die Ernährungsschwierigkeiten und die neuen politischen Verhältnisse haben die Angelegenheit noch stärker in den Vordergrund treten lassen, und heute ist sie infolge dieser intensiven Beschäftigung mit ihr zur wichtigsten landwirtschaftlichen Frage geworden. Sie wird dabei zweifellos auch stark überschätzt, aber der Landhunger ist nun einmal nachgerufen worden, und die Verhältnisse drängen immer stärker zur Lösung. Eine durchgreifende Lösung ist allerdings zurzeit nicht möglich, da infolge des Fehlens der Kaufkraft und des toten und lebenden Inventars die Neuschaffung von Siedelungen nicht möglich ist. So bedauerlich das auf der einen Seite ist, indem dadurch viele dafür geeignete Kräfte verhindert werden, im Besitz einer eigenen Scholle zu gelangen und ihren Wunsch nach landwirtschaftlicher Betätigung erfüllen zu sehen, so hat die Unmöglichkeit der Neusiedelung vielleicht auch ihr Gutes, indem sie vor schweren Enttäuschungen bewahrt, die kommen müssen, wenn viele Leute angeleitet werden, die dafür nicht geeignet sind, und dann nach schwerer Enttäuschung ihrer Euphorie und nach Einbuße des wenigen, was sie hatten, das Land wieder verlassen müssen. Der Landhunger kann daher zunächst nur auf andere Weise in beschränkterem Maße befriedigt werden, indem solche Kleinbesitzer, die mehr Land bekommen können, eine Vergrößerung ihrer Fläche aus dem Großgrundbesitz erhalten. Daß dieser Weg zunächst allein gangbar ist, darüber sind die meisten einig.

Das zeigte sich auch gestern in einer Sitzung des Provinzialvolksausschusses im Stadtverordneten-Sitzungssaal zu Breslau, in welcher unter Teilnahme des Landwirtschaftsministers Braun und der Vertreter der beteiligten Behörden und der dafür in Betracht kommenden Körperschaften, wie

der Landwirtschaftskammer der Schlesischen Landgesellschaft, der Bauernräte usw. diese Fragen behandelt wurden. In der eingehenden Aussprache nahm auch der Landwirtschaftsminister das Wort zu längeren Ausführungen. Bemerktenswert war, daß er damit bei seinen Parteifreunden auf der äußersten Linken wenig Beifall fand und Unzufriedenheit erweckte.

Den Vorsitz führte Oberpräsident Philipp, den einleitenden Vortrag hielt Geheimrat Regierungsrat Professor Dr. Veroboe. Er entwickelte dabei seine Ansichten über die Wege der Siedelung in derselben Weise wie vor einiger Zeit im Landwirtschaftlichen Verein zu Breslau. Der Landhunger soll befriedigt werden durch große Schrebergärten-Anlagen im Umkreis der großen Städte, durch Abgabe von Land an Handwerker und Kleinbesitzer auf dem Lande und auch an größere Bauern, damit jeder soviel Land erhält, daß seine Kinder auf dem Dorf bleiben können. Die schwierige Frage falle bei der Kleinsiedelung nicht so sehr ins Gewicht, wenn die Siedler in der einfachsten Weise selbst aufbauen. Das zu besiedelnde Land darf nur gutes und billiges Land sein. Moor- und Edland kommt jetzt nicht in Frage. Vom Großgrundbesitz soll zunächst vom fideikommissarischen Besitz gekauft werden, und zwar nach der Selbstschätzung beim Wehrbeitrag. Die ihren Weiber idem wechselnden Güter hält er wegen schwieriger Verhältnisse für die Siedelung nicht geeignet. Die Vermögensabgabe soll auch in Land möglich sein. Landangebot wird man erhalten durch Wiederanführung der staatlichen Grundsteuer in Staffeln nach der Größe des Besitzes. Das Gesetz über die Landlieferungsverhältnisse hält er nicht für richtig. Die ganze Organisation muß eine Spitze in einem Reichs-siedelungskommissar erhalten. Die Zwangsversteigerung hält er nicht für zweckmäßig, denn durch die Fortnahme schlecht wirtschaftender Güter wird keine Verteuerung erreicht. Hier ist der Weg der Wirtschaftsversteigerung zu wählen.

Gewerkschaftsführer Kippel war außerordentlich unzufrieden mit der Entwicklung. Die Durchführung der Landarbeiterordnung käme nicht vorwärts, die Lohnfrage sei unbefriedigend, es müßten Landgewerbeinspektionen geschaffen werden, die nach dem Rechten sehen, wie es in der Industrie geschehe. Das dürfe aber nicht von der Landwirtschaftskammer ausgehen, die nicht sein Vertrauen hat. Mit der Landabgabe seitens des Großgrundbesitzes ist er unzufrieden, besonders richtet er Angriffe gegen die Herrschaft Gentrachau des Großherzogs von Sachsen. Das Siedelungsgesetz ist ihm ein Schmarren, die Schlesische Landgesellschaft und die General-Kommission besitzen ebenfalls nicht sein Vertrauen. Das Gesetz über die Zwangsversteigerung verurteilt er als praktische Anwendung.

In sachverständiger Weise sprach dann Abgeordneter und Gutspächter Schmidt über die Beratung des Siedelungsgesetzes in der Nationalversammlung. Er trat dabei dem Vortrager in vieler Beziehung entgegen und warnte vor übertriebenen Lohnforderungen, die unheilvolle Folgen für die Produktion haben können. Landrat Kirchner erwiderte auf die Angriffe gegen die Herrschaft Gentrachau. Dr. Köbisch und Gutspächter Gerner führten aus, in welcher Weise der Kreisbauernrat von Trebnitz die Abjuzentensiedelung im Kreis Trebnitz in die Hand genommen hat. Oberregierungsrat Köppl sprach über die Arbeitsweise der Schlesischen Landgesellschaft und der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer, Geheimrat Regierungsrat von Klitzing entwickelte seine Gedanken über Siedelung, wobei er betonen konnte, daß die Landwirtschaftskammer dafür immer ein warmes Interesse gezeigt hat. Gegenüber dem Geheimrat Veroboe ist er der Meinung, daß gerade die Wechselseitigkeit in erster Reihe in Frage kommen, denn sie hätten ihre Erfahrungen verloren. Der Ruf der Abjuzenten dürfe nicht unerlos werden, die Agitation schaffe großes Verlangen und das sei bedenklich, denn dabei könne der mittlere Gutbewirtschaftete Großgrundbesitzer, der in erster Linie als Erzeuger und besser Abnehmer in Betracht kommt, um sein Land kommen. Gegen schlechte Lohnverhältnisse sei auch die Landwirtschaftskammer. Aber wir seien auf dem besten Wege, daß die Revolution zu einer Lohnfrage werde, die die Produktion verteuere und eventuell zum Zusammenbruch bringe. Der Großgrundbesitzer wolle mit der Mehrheitssozialdemokratie Hand in Hand arbeiten, denn er wolle Ruhe und Ordnung im Land haben.

Graf Kaiserling stellte fest, daß man in dem Wunsch, die Siedelung zu fördern, einig sei, daß die Verschiedenheit der Ansichten sich nur auf den Weg und das Tempo erstreckte. In den Vordergrund sei die Erhöhung und Verbesserung der Erzeugung zu stellen. Eine Überspannung könne hier nur Schaden. Durch Organe der Organisation sei auch auf dem Lande der Streit geführt worden. Er bitte die Gewerkschaftssekretäre, im Interesse der Allgemeinheit auf die Verbindung von Streiks zu wirken. Man würde nicht vorwärts kommen, wenn nicht zusammen gearbeitet würde.

Dann ergriff der Landwirtschaftsminister Braun das Wort. Abschließende Antworten könne er auf die hier berührten Fragen nicht geben. Bei seiner Amtsführung lasse er sich in der Hauptsache davon leiten, die landwirtschaftliche Produktion sicher zu stellen und alles daran zu setzen, daß wir eine einigermaßen befriedigende Ernte bekommen. Darum muß von Experimenten abgesehen werden, die unter Umständen die Produktion schwer beeinträchtigen. Gelingen es nicht in diesem Jahre so viel wie möglich aus dem Boden herauszuholen, so stehen wir als

Wettler bei dem Auslande da. Kritischen Verhältnissen stehen wir in der Arbeiterfrage gegenüber. Man muß den Arbeitgebern gerecht werden. Durch die Streiks ist es unmöglich geworden, die notwendigen Rohmittel der Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen. Gedeihliche Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen auf dem Lande erhalten bleiben. Bekommen wir dieselben Forderungen auf dem Lande wie in der Industrie, dann sind wir am Ende. Die Verhältnisse im Ruhrrevier schlagen uns

das letzte Stück Brot aus der Hand. Die Einrichtung von Gewerbeinspektionen läßt sich in diesem Augenblick noch nicht schaffen. Die Kontrolle kann aber auch schon durch die Landarbeiter- und Bauernräte ausgeführt werden. Der Minister betonte dann weiter die Möglichkeit der Herrichtung von leidlichen Unterkunftsstätten auf dem Lande zur Aufnahme von Arbeitern aus den Städten. Diese Arbeiter werden das beste Material für die Siedelung abgeben, weil sie Gelegenheit haben, die landlichen Verhältnisse kennen zu lernen. Ein großes Unrecht war es, daß man durch Propaganda in den Schützengräben Hoffnungen auf Siedelungsmöglichkeiten in einem Umfange erweckt hat, die sich nicht erfüllen können. Man darf auch nicht auf eine zu schnelle Durchführung rechnen. Das Reichsgesetz ist noch nicht fertig, seine Ausführungsbestimmungen müssen erst herauskommen, ehe die preussischen Ausführungsbestimmungen, die vorbereitet sind, erlassen werden können. Eine vollständige

Umänderung der General-Kommissionen in Landeskulturämter ist vorbereitet und schon an die Landesversammlung gegangen. Der Landhunger soll befriedigt werden. Die meisten wollen die Aufnahme der Domänen an die Abjuzenten, sie vergessen aber, daß die Domänen verpachtet sind. Auf die Pächter wird aber eingewirkt, daß sie teilweise Land abgeben. Der Minister vermutet, daß der

Landhunger nur eine vorübergehende Erscheinung sei. Mit der Besserung der Ernährungsverhältnisse und mit der Möglichkeit der Wiederaufnahme der Tätigkeit durch die auf dem Lande sitzenden Bauhandwerker werde der Landhunger nachlassen. Darum sei es besser, ihn durch Beschäftigung als durch Kauf

zu befriedigen. Es liegt im Interesse des Großgrundbesitzes, dem Landhunger durch praktische Abgabe möglichst weit entgegen zu kommen. Mit der Neusiedelung werde man vielleicht auch im nächsten Jahre noch nicht beginnen können. Man tut den Leuten unrecht, wenn man sie heute ansiedelt und mit dem 3. bis 4. Jahre des Bauwertes belastet, was den betreffenden Ansiedler von vornherein wirtschaftlich tot machen würde.

Die Frage, ob das jetzt abgegebene Land später bei der Landausbringung zur Anrechnung gebracht wird, könne er verbindlich jetzt nicht beantworten. Er glaube, daß die Möglichkeit bestehe, später in die Satzungen der Landlieferungsverbände eine derartige Bestimmung aufzunehmen. Dem Geiste des Gesetzes entspreche es, denn diejenigen, welche heute Land abgeben, handeln mehr im Sinne des Gesetzes als die, welche noch warten. Weiter führte der Minister aus, daß nicht die Absicht bestehe, den Siedelungsgesellschaften ein Monopol zu überlassen. Man werde allen siedelungslustigen Organisationen und Personen freie Hand lassen, schon deswegen, weil dadurch mehr Kräfte und Kapital der Sache dienlich gemacht werden. Es würde in der Weise geschehen, daß nicht den einzelnen Siedelungsunternehmungen der Charakter der Gemeinnützigkeit verliehen wird, sondern, daß das nur bezüglich des einzelnen Siedelungsvorhabens geschehen würde, nachdem es vorgelegt und begutachtet ist. Er habe den Eindruck, daß wir genügend Land zur Siedelung

haben. Zum Schluß hob der Minister hervor, daß er die bestehende Ungebuld und Unzufriedenheit verstehe, man müsse aber ruhig und sachlich den Schwierigkeiten ins Antlitz sehen. Er bitte, überzeugend zu sein, daß die Regierung bemüht sein werde, die zu weit gehenden Versprechen in dem Grade der Möglichkeit zu erfüllen. Das werde geschehen können, wenn überall verständnisvoll mitgearbeitet werde.

Aus den weiteren Erörterungen sei noch erwähnt, daß ein Vertreter von ganz links ausführte, daß die Zwangswirtschaft auf dem Lande wie das Verfahren bei den Kreisjäglartereien, besonders bei dem Kleinbesitz auf dem Lande spartanische Reaktionen schaffe, und daß bei den gegenwärtigen Preisen die Leute direkt gezwungen seien, ihre Waren im Schleichhandel zu vertreiben. Gegen die von dem Genossen Scholich, der hauptsächlich gegen den Minister polemisierte, vorgebrachten Beschuldigungen gegen die Landräte nahm der kommissarische Regierungspräsident Stadtrat Prescher die Landräte in Schutz. Die Landräte hätten sich auf den Standpunkt gestellt, die Siedelungsfrage zu fördern. Er bitte, mit dem Mißtrauen gegen die Landräte, die noch immer als die Prügelknaben angesehen werden, aufzuhören.

### Der Eisenbahnverkehr am 1. Mai.

\* Von der Eisenbahndirektion Breslau wird uns geschrieben:

Es wird beabsichtigt, am 1. Mai zur Feier des gesetzlichen Feiertages den vollen Sonntagsdienst im Eisenbahnverkehr einzuführen. Bestrebungen aus Arbeiterkreisen, den Betrieb auch im Personenverkehr an diesem Tage vollständig einzustellen, würden zu unabwehrbaren Schäden in der Volksernährung führen. Beispielsweise würden die Milchlieferungen, welche sich auf langen Wegen in Schlesien bewegen, nicht nur für einen Tag, sondern für mehrere Tage ausfallen, weil auch die Milchförderung der Milchkannen unmöglich würde. Den Säuglingen würde dadurch die Milch auf Tage entzogen und ihnen der Lebenssoden unter Umständen abgeschnitten werden. Auch der sonstige Lebensmittelverkehr würde einen schwerwiegenden Ausfall erleiden. Die Möglichkeit, den Feiertag zu ausfüllen in die zurzeit lockere Natur zu bemühen, fiele weg.

Es ist aber zu hoffen, daß sich die Arbeiter diesen Erzwingungen nicht verschließen und nicht dazu beitragen werden, unsere Ernährungsverhältnisse zu unterbinden. Es liegt im Interesse der Allgemeinheit, diesen Bestrebungen durch Einwirkung auf die Eisenbahnarbeiter mit allen Kräften entgegen zu treten.

### Die erste juristische Staatsprüfung.

\* Durch die Allgemeine Verfügung vom 3. Juli 1912 ist angeordnet, daß die Studierenden den Gang ihrer Studien selbst bestimmen und nach eigenem Ermessen die Vorlesungen unter verständiger Würdigung ihres inneren Zusammenhangs auf die Semester verteilen können. Diese Vorschrift ist von erhöhter Bedeutung für diejenigen Rechtsstudierenden, denen durch Teilnahme am Kriege oder durch Dienst bei einer freiwilligen Truppe wesentliche Schwierigkeiten in der Durchführung und Befolgung ihres Studiums erwachsen. Die Vorsitzenden der Kommissionen für die erste juristische Prüfung sind deshalb vom Justizminister ernannt worden, bei Entscheidung über die Zulassung solcher Studierenden bei Prüfung der Frage, ob ein ordnungsmäßiges Rechtsstudium auf der Universität dargetan ist, im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen mit der durch die besonderen Zeitverhältnisse gebotenen Rücksicht zu verfahren. Dies gilt insbesondere auch für den Fall, daß diese Studierenden gehindert waren, die eine oder andere weniger wichtige Vorlesung zu hören. In der mündlichen Prüfung sind die Anforderungen an diese Studierenden in den geschichtlichen Fächern sowie im Kirchenrecht bis auf weiteres zu ermäßigen und Fragen aus entlegenen Gebieten sowie ein Eindringen in Einzelheiten zu vermeiden. Allgemein sind in den Prüfungsterminen den Kandidaten erforderlichenfalls Textausgaben der Gesetze zur Verfügung zu stellen, soweit dies nicht schon geschieht.

In die Prüfungszeugnisse ist ein Vermerk darüber, ob die Prüfung im ordentlichen Verfahren oder in abgekürzter Form oder in der Form der Vorprüfung abgelegt worden ist, nicht aufzunehmen. Etwa schon erteilte Zeugnisse mit einem solchen Vermerk sind auf Verlangen durch Zeugnisse ohne Vermerk zu ersetzen.

□ Bunsau, 26. April. In der heute abgehaltenen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde ein von einigen Stadtverordneten gestellter Antrag, denjenigen Stadtverordneten, die durch ihre Teilnahme an den Sitzungen in ihrem Beruf geschädigt werden, eine angemessene Entschädigung zu gewähren, einer gemischten Kommission überlassen. Die vom Provinzial-Geheimrat erworbene Kommission ist bereits in Tätigkeit getreten; die Angelegenheit soll einem Schiedsgericht unterbreitet werden. Demüßigt wurde 106 000 Mark für den Ausbau der Wallenhausstraße, 85 000 Mark für den Ausbau des Auenweges, 240 000 Mark für den Ausbau der Friedrich- und der Vorwerkstraße und des Orline Weges, immer abzüglich des etwaigen Überertragungsüberschusses.

— 1. Goldberg, 28. April. Die Stadinerordneten haben in ihrer letzten Sitzung nach Wiedernahme des Justizrats Beil zum Vorberier und Einführung des Oberberaters Dr. Meber als Stadterordneter in Aussicht auf die Wohnungsnot beschlossen, das den städtischen Erben auf dem Zopferberge gebührende Presse- und Arbeiterhaus zu bauen und zu Wohnungen auszubauen. Außerdem sollen Wappsteine auf dem von der Stadt erworbenen Gelände gegenüber der Westpromenade zur Errichtung von Wohnhäusern abgeben werden.

\* Hirschberg, 26. April. Die Stadtverordnetenversammlung hat sich in der letzten Sitzung mit der Erhöhung der Fahrpreise befaßt. Der Preis für die erste Klasse vom Bahnhof bis zum Hauptplatz und für die zweite bis zur Post in Hirschberg soll von 10 auf 12 Pf. während der Sommerzeit von 12 auf 14 Pf. erhöht werden. Die Erhöhung der Preise für die dritte Klasse von 10 auf 12 Pf. wird ebenfalls beschlossen. Außerdem kommt für die erste Klasse vom Bahnhof bis zum Hauptplatz der Doppelpreis von 15 Pf. zur Anwendung.

1. Ost 28. April. In einer von vielen Hunderten besuchten Versammlung der Deutschen nationalen Volkspartei im „Gästehaus“ Breslau trat wieder von Beilau unter der Leitung des Parteivorsitzenden Dr. Meber und nach dem Umsturz, vom 9. November, keine Aufschüttung auf der letzten Sitzung der demokratischen Volksversammlung. Aus allem läßt man nicht vernünftigen, sondern deutlichen und national für die Zukunft unerschütterlichen Willen erkennen, das Volk zu erheitern und das Wohlstandes der Deutscher Partei zu fördern. Eine Entschädigung angenommen, die sich in klammendem Protest gegen einen Gewaltstreich verheißt.





**Statt besonderer Anzeige.**

Die Verlobung meiner jüngsten Tochter Hanna mit dem Hauptmann a. D. Herrn Karl v. Sippel zeige ich hiermit an.  
Rastorf i. M., April 1919.  
Augustenstraße 82.

**Lydia von Bülow,**  
geb. Köhling.

Meine Verlobung mit Fräulein Hanna von Bülow, Tochter des verstorbenen Herrn Johannes von Bülow und seiner Frau Gemahlin Lydia von Bülow, geb. Köhling, zeige ich hiermit an.

Schl. Langenöls, Weg. Biegung.  
**von Sippel,**  
Hauptmann a. D.

Ihre am 22. April in Breslau stattgefundene Vermählung zeigen ergebenst an  
Kreuzburg O.S., 1919

**Kaufmann Georg Koschulla**  
und Frau Gertrud, geb. Gent.

Ihre am 28. April stattgefundene Vermählung zeigen an  
Konstanz O.S., April 1919

**Dr. med. Kurt Zoepflig,**  
**Charlotte Zoepflig, geb. Scholz-Babisch.**

Ihre Vermählung zeigen ergebenst an  
**Willi Maschke, techn. Eisenb.-Sekt.,**  
und Frau Edda, geb. Articus.  
Breslau. Rattowitz.

Ihre Vermählung geben bekannt  
Großgraben, a. St. Krummhübel  
Kgl. Sächs. Oberamtmann  
**Arthur Stephan**  
und Frau Leni, geb. Kluge.

Die glückliche Geburt eines kräftigen Jungen zeigen hoch erfreut an  
Oppeln, den 26. April 1919

**Fabrikbesitzer Erich Wurst**  
und Frau Käthe, geb. Scholz.

Will innig dankbarer Freude zeigen wir an, daß sich heute zu unserem Lottel ein

**kräftiger Ulrich**

geseht hat.  
Strehlen (Schles.), den 20. April 1919.

**Oberlehrer Dr. Max Schloßarek**  
und Frau Käthe, geb. Großpietsch.

Die glückliche Geburt eines Jungen zeigen hoch erfreut an  
Birkowitz bei Oppeln, den 26. April 1919

**Lehrer P. Malorny**  
und Frau Erna, geb. Ruge.

Vier Wochen nach dem Heimgang meines geliebten Mannes schenkte ich heute einem

**gesunden Mädchen**

das Leben.  
Waldburg i. Schles., a. St. Minil  
Oppen, den 25. April 1919.

**Frau Else Köhler,**  
geb. Kammel.

Die glückliche Geburt eines gesunden Mädchens zeigen hoch erfreut an  
Bremen, den 23. April 1919  
Niederstraße 48

**Heinz Fey**  
und Frau Käthe, geb. Weith.

Die Beerdigung des  
**Herrn Kaufmann**  
**Georg Bragator**

findet Mittwoch, den 30. April, nicht um 4 Uhr, sondern schon um 3 1/2 Uhr von der Begräbnis-tafel des alten Maria-Magdalenen-Friedhofes (Steinitzstraße) aus statt.

Heute, 6 1/2 vormittag, starb nach langen, mit Göttergabung ertragenen Leiden und wiederholt gestärkt durch die Gnaden unserer heiligen Kirche, unter innigster, herzlicher guter Bruder und Onkel.

**Pfarrer Josef Golenia**

im 57. Lebensjahre.  
Gott lohne ihm seine überaus große Liebe.  
Um ein frommes Nemento bittet  
Erzengsdin, Reife, den 28. April 1919

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen  
**Anton Golenia,**  
Steuersekretär.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 1. Mai, vormittags 10 1/2 Uhr, in Erzengsdin statt.

Wiederholt gestärkt durch die heiligen Sakramente ging heute in ein besseres Jenseits mein hochwürdigster

**Herr Pfarrer Golenia.**

Er war mir ein aufrichtiger, liebevoller Berater und väterlicher Freund.  
Gott lohne ihm seine Güte unendlich.  
Erzengsdin, den 28. April 1919.

**Zolondel, Kaplan.**

Am 23. d. Mts. starb der  
**Realschullehrer a. D.**  
**Herr Heinrich Liesler.**

Er hat an der Anstalt 36 Jahre hindurch mit großer Treue und reichem Erfolge gewirkt. Seine zahlreichen Schüler und seine Kollegen werden seiner in Verehrung und Liebe gedenken.

Breslau, den 28. April 1919.

Das Lehrerkollegium  
der evangel. Realschule 2.  
Dr. Pech, Direktor.

Statt jeder besonderen Anzeige!  
Gestern Abend 8 Uhr entschlief sanft nach jahrelangem Siechtum unser geliebter Bruder, Schwager und Onkel, der

**Kaufmann**  
**Ernst Starik,**

im 67. Lebensjahre.  
Breslau, Tiergartenstraße 88/85.  
(Gartenhaus links, 3. Stock.)

Im Namen aller Hinterbliebenen  
**Marie Gaertel, geb. Starik,**  
Prof. Carl Starik.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 30. April, nachm. 4 Uhr von der Begräbnistafel des alten Maria-Magdalenen-Friedhofes (Steinitzstraße) aus statt.

Weilsbesuche dankend abgelehnt.

Statt besonderer Meldung.  
Am 25. d. Mts. entschlief sanft meine über alles geliebte Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

**Käthe Thienel**

im blühenden Alter von 21 Jahren.  
Ratibor, Breslau, Gleimstr.,  
den 25. April 1919.

Im tiefsten Leid:  
Frau Justinar Thienel, geb. Sobhid.  
Marion Waik, geb. Thienel.  
Elisabeth Weisler, geb. Thienel.  
Dr. Waik, Frauenarzt.  
Dr. Weisler, Bürgermeister.

Beerdigung Mittwoch nachm. in Ratibor.

Statt besonderer Anzeige!  
Gestern Abend entschlief sanft nach kurzer Krankheit unsere liebe Schwägerin und Tante, die

**verwitw. Frau Steuerinspektor**  
**Marie Reichhelm,**  
geb. Hier,

im Alter von 69 Jahren.  
„Selig sind die Toten, die in dem Herrn sterben.“

Breslau, Augustastr. 57, den 27. April 1919.

Mit der Bitte um stilles Weiseln im Namen aller Hinterbliebenen  
**Walter Reichhelm, Oberlandesgerichtsrat.**

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 30. April, nachmittags 5 Uhr, von der Kapelle des Salvator-Friedhofes aus statt.

Während der langen Leidenszeit und bei dem Heimgang meines innigstgeliebten Gatten sind uns so unzählige Beweise treuer Freundschaft und aufrichtiger Teilnahme entgegengebracht worden, daß wir außerstande sind, einzeln zu danken. Wir können daher nur auf diesem Wege unseren innigsten Dank aussprechen.

Breslau, den 28. April 1919.

Die tiefbetrodete Gattin  
**Erna Schirner, geb. Gilbert,**  
nebst Söhnchen.

**Bad Charlottenbrunn „Haus Johanna“**  
vom 1. Mai an wieder geöffnet.

Am 27. d. Mts. entschlief sanft nach längerem Leiden meine geliebte Frau, unsere treuergebende Mutter

**Frau Margarethe Kern.**

Gleiwitz, den 27. April 1919.  
**Kern, Reichsbankdirektor**  
und Kinder.

Beisetzung findet in Breslau statt.

Statt Karten.  
Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei dem Hinscheiden und der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Freunden und Bekannten, den Herren Beamten der Intendantur und des Probantamtes, den Angestellten und Arbeitern deselben sowie Herrn Pastor Weigener meinen innigsten Dank.

Breslau, im April 1919.

**Elisabeth Gerlach.**

Allen denen, die uns beim Ableben meines innigstgeliebten Mannes, unseres treuergebenden Vaters, meines teuren Schwiegersohnes, Bruders, Schwiegerbruders, Großvaters, Schwagers, Onkels und Veters, des

**Herrn Eduard Holländer**

ihre Teilnahme bewiesen haben, sagen wir hierdurch unseren herzlichsten Dank.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen  
**Martha Holländer,**  
geb. Bloß.

Statt Karten.  
Für die zahlreichen Beweise liebevoller Teilnahme nebst Kranzspenden anlässlich des Todes und der Beisetzung der

**Frau Wittl. Geheimen Kriegsrat**  
**Marie Dittrich**

in Oberrigol beehren sich den herzlichsten Dank auszusprechen.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Statt Karten!  
Für die uns während der Krankheit und bei der Beerdigung meines geliebten Mannes, unseres guten, lieben Vaters, so zahlreich zugegangenen Beweise der Liebe, Freundschaft und Teilnahme sagen wir Allen ein herzliches „Gott vergelt’s“.

Breslau, den 29. April 1919.

Im Namen aller tieftrauernden Hinterbliebenen  
**Marie Ditzkan, geb. Gabriel.**

Herzlichen Dank allen, die uns in diesen Tagen tiefer Trauer mitfühlend die Hand gereicht und unsere lieben Entschlafenen durch Worte treuesten Gedankens und durch Blumen-grüße ehrten.

Breslau, im April 1919.  
Im Namen aller Hinterbliebenen:  
**Andreas Schuhwald.**

**Jauer.**

Nach langjähriger klinischer Ausbildung, zwei Jahre an der Medizin. Klinik in Breslau (Prof. v. Strümpell), 8 Jahre an den chirurgischen Kliniken in Breslau (Prof. Garré) und als Privatdozent für Chirurgie in Tübingen (Prof. v. Bruns, Prof. Perthes) sowie nach 4 1/2-jähriger chirurgischer Tätigkeit im Felde, habe ich mich als

**Facharzt für Chirurgie**  
und **Frauenkrankheiten**

in Jauer niedergelassen und die Leitung des Kreiskrankenhauses übernommen.

**Dr. Kolaczek.**

Sprechstunden 8-9,  
im Krankenhaus: 3-4 (außer Sonntags).

1. Wie bisher fällt  
**Sonnabend Nachmittag**  
meine Sprechstunde regelmäßig aus.

2. Vom 1. Mai bis 30. August  
habe ich Sonntags keine Sprechstunden ab.  
**Dr. Martin,**  
Spezialarzt für Lungenerkrankungen,  
Zaunengartenstraße 88.

**Trauer-Kleidung**

kauft man am besten  
10 (x)

**Spezial-Trauer-Magazin**  
**August Benedix**

Ringl. Ecke Nikolaistr. Tel. 4010.

**Verein Frauenwohl.**  
Dienstag, den 6. Mai, 7 1/2 Uhr abends im Gartensaal,  
Zaunengartenstraße 2.

**Hauptversammlung.**  
Tagesordnung: 1) Jahresbericht, Kassenbericht, Bericht der Kommission. 2) Satzungsergänzung. 3) Neuwahl des Vorstandes und der Kassenprüferinnen.

4) **Die Reform der Hauswirtschaft**  
(Vortrag Herr Frau Dr. phil. Borchert-Perls).  
Eintritt frei. Gäste willkommen.

**Pietät**  
Inh. Wilhelm Schneider  
Großfuhrbetrieb  
Breslau, Kupferschmiedestr. u. Schuhbrücke 58.  
**Beerdigungen, Feuerbestattungen.**  
**Leichenüberführungen.**  
Fern-pr. 1823 u. 565 Tel.-Adr.: Pietät.

**Aufruf zur Reichswehr!**  
In kürzester Zeit beginnt die Aufstellung der Reichswehr, in die das Infanterie-Regiment Nr. 51 übernommen wird.  
Es ergeht daher an alle Männer, welche beim Regiment bei Bildung der Reichswehr eintreten wollen, der Aufruf, sich schriftlich beim Regiments-stabe Infanterie-Regiments 51 in Frechen, Kreis Wittlich, zu melden. Besonders herzlich willkommen sind alle alten aktiven Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, welche dem Regiment bereits früher angehört oder in dessen Reihen für das Vaterland gekämpft haben.  
v. Sommerfeld,  
Major und Regimentskommandeur.

**Freiwillige**  
für das  
**Feldartillerie-Regiment Nr. 20**  
(Waffen: 11b, Eisenzeig am Kragen).  
Das Regiment benötigt zur Aufstellung von mobilen Batterien noch Freiwillige, Offiziere, sowie Unteroffiziere und Mannschaften aller Jahrgänge von guter Führung können sich in Wittlich, Wahnstation Wittlich, melden.  
Nicht nur Artilleristen, sondern auch Infanteristen, die am 1. Mai ausgebildet sind, und Kavalleristen, welche als Fahrer und Mesherer verwendbar sind, werden angenommen, ebenso ungebildete junge Leute, die kräftig und gesund sind. Strafe Maßstab ist Bedingung.  
Die Freiwilligen erhalten Verpflegung, Quartier, Bekleidung, mobile Wohnung, mindestens 30 Mk. monatlich, außerdem 6 Mk. pro Tag. Sie müssen sich vom Tage des Eintreffens auf 1 Monat verpflichten mit 14-tägiger Rindigungsfrist am 1. und 15. des Monats.  
Militärpapiere und Entlassungsschein sind mitzubringen. Auslagen für die Bahnfahrt werden vergütet.  
von Both,  
Major und Regimentsführer des 1. Bofenschen Feldartillerie-Regiments Nr. 20.

**Die Kavallerie-Eskadron des**  
**Freikorps Görlich,**  
welches in die Reichswehr übernommen wird,  
**sucht noch 2 aktive Leutnants.**  
Anmeldung bei Altmeister Graf Rothkirch, Görlich, Seidenbergstr. 2, I.

**Städtische Straßenbahn.**  
Die zur Ermäßigung des 15-Pf.-Tarifes und zur Erleichterung des Zahlungsverkehrs beabsichtigte Einführung von Fahrkartenheften hat sich in der kurzen noch zur Verfügung stehenden Zeit nicht ermöglichen lassen. Es wird deshalb hier das gleiche Verfahren eingerichtet werden, das in Berlin, Dresden und wohl noch in anderen Städten bei derselben Gelegenheit gewählt wurde.  
Es werden Fahrhefte, die zu acht Fahrten berechtigten, verkauft. Mit diesen sogenannten Wochentarten kann der Inhaber auch für Angehörige und dergleichen bezahlen, die in seiner unmittelbaren Nachbarschaft sich auf dem Bogen befinden, aber nicht, wenn er a. B. auf der hinteren Plattform sich aufhält und die Zugehörigen im Wageninnern.  
Da nur mit Anspannung aller Kräfte und Nacharbeit es möglich sein wird, bis zum 1. Mai eine genügende Zahl derartigen Wochentarten fertigzustellen, kann auch ein Vorverkauf vorläufig nicht stattfinden.  
Breslau, den 28. April 1919.  
Verwaltung der städtischen Straßenbahn.

**Graues Haar**  
und verfarbtes weg  
durch meine garantiert unschädlichen und nachschönen Farben, ausgeführt in separaten Kabinen; strengste Disziplin, Verstand per Nachnahme oder Vorauszahlung des Betrages franko, in Breslau von 6,50, 8,00, 24,00 Mark beim Spezialisten G.  
**Anton Petschi,**  
Dhlauer Straße 82,  
vis-à-vis Petersdorff. (2)

Der  
**„Süddeutsche Anzeiger für Gemüse u. Obst“**  
(wöchentlich Mittwoch in Regnitz erscheinen) hat sich als Anzeigenblatt für den Feinvertrieb bewährt. (7. Nachtrag, Seite 6 der Postzeitungsliste.)  
Abonnementpreis 30 Pf. monatlich.  
**Verein Franz Ziegler**  
Demokratischer Volksverein für die Südstadt.  
**Versammlung**  
Donnerstag, den 1. Mai 1919,  
abends 8 1/2 Uhr (pünktlich),  
im kleinen Saale des Konzerthauses,  
Gartenstraße 39, I.  
1) Herr Professor Dr. Hassenberg:  
„Räteystem in Idee und Praxis.“  
2) Diskussion.  
Gäste, Männer und Frauen, sehr willkommen.  
Der Vorstand.

**Beimögensaufstellungen**  
Jeder kaufmännischen und landwirtschaftlichen Art  
**Steuerfächer, Bücherarbeiten, Beratungen**  
übernimmt von autorisierter Steuerberater  
**J. Kolodziej, Buchhalter, Tel. 9764.**  
Breslau, Klosterstraße 12, III. — Sprechst. 4-7 Uhr nachm.



Herz- UND NERVEN-HEIL- Bad Kudowa

100 m. n. d. M. in der schönen Grafschaft Glatz Kurhaus Flinthenhof u. viele moderne Logierhäuser Sanatorium Besitzer S. R. Dr. Hugo Herrmann

Hermann Leipziger nur Schweidnitzerstraße 7 Ecke Königstraße Echte Perser selten schöne Stücke in Größen 300x400, 400x500, 425x600, 500x700.

Ausstellung für Bau- u. Kleinsiedlungswesen in Breslau vom 15. bis 31. August 1919

Sonder-Abteilungen, Neue Bauweisen, Neue Baukonstruktionen für Kleinwohnungsbau.

Gruppeneinteilung: I. Bauten, II. Baubaukonstruktionen, III. Bauten u. Einbauten, IV. Wohnungsbau, V. Technische u. mechanische Einrichtungen, VI. Gartentechnik, VII. Straßenbau, VIII. Baubaukonstruktionen, IX. Baubaukonstruktionen, X. Baubaukonstruktionen.

Breslauer Messe-Gesellschaft m. b. H. Ohlauer Straße 87 Breslau 1 Ohlauer Straße 87

Breslauer Spielwaren-Magazin

Ohlauer Str. 28 (am Christophoriplatz) part. 1. u. 2. Et. empfiehlt sein reichsortiertes Lager in Bijouterie-, Galanterie-, Leder-, Luxus- und Spielwaren. Gesimentartikel in großer Auswahl.

Das Bankhaus Max Gittler, Breslau, nimmt Einzahlungen entgegen, die wir ohne Abzug jeglicher Sponsen an unserer Badekasse zur freien Verfügung der Badegäste halten. Badodirektion Bad Kudowa.

Brillanten Schmuckstücken, Uhren, Gold- u. Silberarbeiten, Brillen, Zahngebisse, Jagdgewehr, Juwelen, Uhren, Brillen, Zahngebisse, Jagdgewehr.

Paul Hoff Gartenarchitekt Breslau 76 Sternstr. 114 Versand von Blühen u. Rasenwerkzeugen Große Gold-Med. d. d. Staudengarten auf der Jahrhundert-Ausstellung.

Silesia, Verein chemischer Fabriken. Bilanz Ende Dezember 1918.

Table with financial data: Aktiva (Mobilien und Immobilien, Vorräte, etc.), Passiva (Kassen, Obligationen, etc.), Gewinn- und Verlust-Rkonto für 1918, Debet, Kredit.

Der Vorstand. Silesia, Verein chemischer Fabriken. Die am 26. April 1919 von den vorläufigen Mitgliedern des Aufsichtsrats folgende Herren meberge wählt worden sind:

3ba- und Warienhütte bei Saarau, den 26. April 1919. Der Vorstand.

Damen, Julius Löwy, Reinseife, Linoleum. Sparen viel Geld, wenn Sie Ihre getragenen Hüte nach den neuesten Formen in der Hutfabrik von Julius Löwy, Reinseife, 47/48, umformen lassen.

Elektrische Pumpanlage vorzüglich geeignet für Hauswasser-Versorgung Friedensarbeit A. E. G. Zentrifugalpumpe mit direkt gekuppeltem Drehstrommotor, 210 Volt, 50 ltr. pro Minute, Förderhöhe 20 m.

Pa.-Leinen für Ausstattungen in allen Breiten, bester Qualität, in nur reiner Qualität. In jedem eintraffen Inletts, jederzeit u. farblos.

K. König, Rosenhauer Straße 22. Brillantkollern mit br. weißen Steinen für 1850 Mt. von Br. zu verfaul. Aufst. u. U 191 Glt. d. Btg.

Gelegenheitskauf. Grotes Original-Eigenmäße, seltenes Prachtstück, sonstige Landhaft, wegen unglückl. preiswert abgegeben.

Wahnschneide. Vert. Teilzahl, gelastet. 6 Mücke, Weidenstr. 25, II. Braut sucht priv. Tepp., Bett. ohne Weg. u. Kleider.

Aschner. Breslauer bekanntes Stagengeschäft. In großer Auswahl: Prachtvolle hergliche Kostüme aus Wolle- und Seidenstoffen.

Brillanten u. Perlen. Ohrringe, Arme, Anhänger, Brochen u. Blauen Nadeln, etc.

Linoleum. jeder Art kaufen in großen Posten Gebr. Wehor, Köln, Gailer-Ring 18.

2 paff. engl. Bettstellen u. zu, hübschbaumtisch gemalt u. Matr., Stuh Nr. 75, verkauft Wbbellfächer Knorr & Co. Weidenburgerstr. 6.

Zigarren. von 65 Btg. bis 1,20 habe laufen abzugeben. Original-Druckerei gegen Nachnahme. Hermann Noack, Sauerer, Breitestr. 22.

Ia. Bremer Zigarren. aus rein überfeinem Tabak nur Qualitätsware, leicht, mittel oder kräftig in der Breite von 70 bis 150 Btg. p. 100 Stück in Altkäse u. 1/2 oder 1/3 Probefend gegen Nachnahme.

Wanderer-Motorrad. an kaufen gesucht. Aufst. u. U 190 Glt. d. Btg. Ginkeln, Brimanting, Galtstraße 55, hochst.

4-6 PS. Lokomobile. sofort lieferbar: neuer 60 PS. Drehstrommotor, Kupferwickelung, 1450 Touren, 220/380, nebst Anlassen u. Spannvorrichtung, verkauft an Glandorf Kiel, Preis 14500 Mt.

Drummaschine. für 100-120 Glt. sucht zu kauf. Giltfaher Stern, Radau-Str. 22.

Wegener Betriebsband. 1 Nationaler Lokomobile (Giltler), etwa 55 PS, 1 Giltler-Eigenantrieb, 1000 mm, 1 Reichardt, Transm. u. Giltler, G. m. b. H., Giltler, Giltler-Str. 22.

Steinöhlen. gegen Bezahlung abzugeben. Uliczka, Koppenberg-Verwaltungsgesellschaft, Giltler, Giltler-Str. 22.





**Oberkellner sucht Stellung**  
in besserer Brauerei. Prima-Bezugnisse vorhanden.  
Anträge sind in jeder Höhe zu stellen.  
Angebot unter A 208 an die Geschäftsstelle d. S. d. S. d. S.

**Suche für meine Sohn**  
für ein Orlin das Einjähr-  
Zeugnis erhalten hat.  
**Stellung als Gev.**  
Gef. Angebote an  
**Brau Anna Hampel,**  
Zigarri,  
Dänmarchstraße 22.

**Suche für meine Sohn**  
für ein Orlin das Einjähr-  
Zeugnis erhalten hat.  
**Stellung als Gev.**  
Gef. Angebote an  
**Brau Anna Hampel,**  
Zigarri,  
Dänmarchstraße 22.

**Suche für meine Sohn**  
für ein Orlin das Einjähr-  
Zeugnis erhalten hat.  
**Stellung als Gev.**  
Gef. Angebote an  
**Brau Anna Hampel,**  
Zigarri,  
Dänmarchstraße 22.

**Suche für meine Sohn**  
für ein Orlin das Einjähr-  
Zeugnis erhalten hat.  
**Stellung als Gev.**  
Gef. Angebote an  
**Brau Anna Hampel,**  
Zigarri,  
Dänmarchstraße 22.

**Suche für meine Sohn**  
für ein Orlin das Einjähr-  
Zeugnis erhalten hat.  
**Stellung als Gev.**  
Gef. Angebote an  
**Brau Anna Hampel,**  
Zigarri,  
Dänmarchstraße 22.

**Suche für meine Sohn**  
für ein Orlin das Einjähr-  
Zeugnis erhalten hat.  
**Stellung als Gev.**  
Gef. Angebote an  
**Brau Anna Hampel,**  
Zigarri,  
Dänmarchstraße 22.

**Suche für meine Sohn**  
für ein Orlin das Einjähr-  
Zeugnis erhalten hat.  
**Stellung als Gev.**  
Gef. Angebote an  
**Brau Anna Hampel,**  
Zigarri,  
Dänmarchstraße 22.

**Suche für meine Sohn**  
für ein Orlin das Einjähr-  
Zeugnis erhalten hat.  
**Stellung als Gev.**  
Gef. Angebote an  
**Brau Anna Hampel,**  
Zigarri,  
Dänmarchstraße 22.

**Suche für meine Sohn**  
für ein Orlin das Einjähr-  
Zeugnis erhalten hat.  
**Stellung als Gev.**  
Gef. Angebote an  
**Brau Anna Hampel,**  
Zigarri,  
Dänmarchstraße 22.

**Suche für meine Sohn**  
für ein Orlin das Einjähr-  
Zeugnis erhalten hat.  
**Stellung als Gev.**  
Gef. Angebote an  
**Brau Anna Hampel,**  
Zigarri,  
Dänmarchstraße 22.

**Suche für meine Sohn**  
für ein Orlin das Einjähr-  
Zeugnis erhalten hat.  
**Stellung als Gev.**  
Gef. Angebote an  
**Brau Anna Hampel,**  
Zigarri,  
Dänmarchstraße 22.

**Suche für meine Sohn**  
für ein Orlin das Einjähr-  
Zeugnis erhalten hat.  
**Stellung als Gev.**  
Gef. Angebote an  
**Brau Anna Hampel,**  
Zigarri,  
Dänmarchstraße 22.

**Suche für meine Sohn**  
für ein Orlin das Einjähr-  
Zeugnis erhalten hat.  
**Stellung als Gev.**  
Gef. Angebote an  
**Brau Anna Hampel,**  
Zigarri,  
Dänmarchstraße 22.

**Suche Organisten des Zusammenschlusses der Land-  
wirte, insbesondere des Kleingrundbesitzes des biesigen Kreises,  
wird ein der mathematischen und politischen Sprache mächtiger,  
fachwissenschaftlich gebildeter, redegewandter,  
katholischer Gehilfenführer gesucht.**  
Angehobene werden ersehen unter Einblendung des Lebens-  
laufes, der Ehelicheit, der bürgerlichen Tätigkeit, der Stellung  
von Gehilfen, Empfehlungen und Gehaltsforderungen an  
den unterzeichneten Herrschaften. Besondere Berücksichtigung  
Berechnungsbildung. Große Besoldung zu erfordern.  
Germensdorf bei Rathbor.

**Gesucht von Szymonski,**  
Major a. D.,  
Besitzer der Kreisamtskommission.

**Sofort tüchtiger Hochbautechniker**  
sicher im Veranschlagen und Statik, nach  
Stadt in d. Nähe Breslaus gesucht. (1)  
Angebot mit Preisanschlägen u. Ge-  
haltsanpr. u. Z 263 an d. Geschäftsstelle d. S. d. S. d. S.

**Parteisekretär.**  
Bewerber, die mit politischen Verhältnissen vertraut, orga-  
nisationstüchtig, rechnerisch gewandt sind, wollen Zuschrift  
mit Angabe von Referenzen an den Parteisekretär Witting in  
Tarnobrzeg, Wilmannsstraße 6, richten.

**Handelschüler,**  
von Kohlenhandlung gesucht.  
Zuschriften mit Gehaltsanprachen an Ernst Ka-  
delko, Breslau V, Oststraße 10.

**Tüchtige Schneider**  
für Großstädte, 1. Paris, sowie  
Eisenbahn-Eierungsschneider  
für dauernde Beschäftigung gesucht. (1)  
V. Hampel, Schneidermeister, Kienitz.

**Suche z. 1. Juni Stellg.**  
z. Erlern. d. Haushalts  
mit Famill. Anst. Suchst. erb. u.  
A 249 Gef. d. S. d. S. d. S.

**Suche z. 1. Juni Stellg.**  
z. Erlern. d. Haushalts  
mit Famill. Anst. Suchst. erb. u.  
A 249 Gef. d. S. d. S. d. S.

**Suche z. 1. Juni Stellg.**  
z. Erlern. d. Haushalts  
mit Famill. Anst. Suchst. erb. u.  
A 249 Gef. d. S. d. S. d. S.

**Suche z. 1. Juni Stellg.**  
z. Erlern. d. Haushalts  
mit Famill. Anst. Suchst. erb. u.  
A 249 Gef. d. S. d. S. d. S.

**Suche z. 1. Juni Stellg.**  
z. Erlern. d. Haushalts  
mit Famill. Anst. Suchst. erb. u.  
A 249 Gef. d. S. d. S. d. S.

**Suche z. 1. Juni Stellg.**  
z. Erlern. d. Haushalts  
mit Famill. Anst. Suchst. erb. u.  
A 249 Gef. d. S. d. S. d. S.

**Suche z. 1. Juni Stellg.**  
z. Erlern. d. Haushalts  
mit Famill. Anst. Suchst. erb. u.  
A 249 Gef. d. S. d. S. d. S.

**Durchaus gewandte**  
**Maschinenföhrerin,**  
solle Stenographin mit besten Empfehlungen, zum baldigen  
Antritt, spätestens zum 1. Juni gesucht.  
**Arthur Kohn,**  
Breslau 5, Gartenstraße 10.

**Suche zu baldigem Eintritt zu züchtigem Kinde ein**  
**zuverlässiges, erfahrenes Kinderfräulein,**  
welches Kindergerode neben kann und etwas Hausarbeit  
übernimmt.  
**Frau Kurt Roden, Tiergartenstraße 64.**

**Junge gebildete Dame,**  
sehr hässlich und musikalisch, Arbeit in einem Kinder-  
erziehungsheim dauernde Stellung.  
Angebot unter A 279 an Geschäftsstelle d. S. d. S. d. S.

**Älterer verb. voll. Sprechend.**  
Wirtschaftsbeamter  
wird f. sofort gesucht. Beugungs-  
Anst. u. Gehaltsanpr. u. Z 223  
Gef. d. S. d. S. d. S.

**Älterer verb. voll. Sprechend.**  
Wirtschaftsbeamter  
wird f. sofort gesucht. Beugungs-  
Anst. u. Gehaltsanpr. u. Z 223  
Gef. d. S. d. S. d. S.

**Älterer verb. voll. Sprechend.**  
Wirtschaftsbeamter  
wird f. sofort gesucht. Beugungs-  
Anst. u. Gehaltsanpr. u. Z 223  
Gef. d. S. d. S. d. S.

**Älterer verb. voll. Sprechend.**  
Wirtschaftsbeamter  
wird f. sofort gesucht. Beugungs-  
Anst. u. Gehaltsanpr. u. Z 223  
Gef. d. S. d. S. d. S.

**Älterer verb. voll. Sprechend.**  
Wirtschaftsbeamter  
wird f. sofort gesucht. Beugungs-  
Anst. u. Gehaltsanpr. u. Z 223  
Gef. d. S. d. S. d. S.

**Älterer verb. voll. Sprechend.**  
Wirtschaftsbeamter  
wird f. sofort gesucht. Beugungs-  
Anst. u. Gehaltsanpr. u. Z 223  
Gef. d. S. d. S. d. S.

**Älterer verb. voll. Sprechend.**  
Wirtschaftsbeamter  
wird f. sofort gesucht. Beugungs-  
Anst. u. Gehaltsanpr. u. Z 223  
Gef. d. S. d. S. d. S.

**Älterer verb. voll. Sprechend.**  
Wirtschaftsbeamter  
wird f. sofort gesucht. Beugungs-  
Anst. u. Gehaltsanpr. u. Z 223  
Gef. d. S. d. S. d. S.

**Älterer verb. voll. Sprechend.**  
Wirtschaftsbeamter  
wird f. sofort gesucht. Beugungs-  
Anst. u. Gehaltsanpr. u. Z 223  
Gef. d. S. d. S. d. S.

**Älterer verb. voll. Sprechend.**  
Wirtschaftsbeamter  
wird f. sofort gesucht. Beugungs-  
Anst. u. Gehaltsanpr. u. Z 223  
Gef. d. S. d. S. d. S.

**Älteres, tüchtiges Mädchen,**  
welches ein selbständiges Köchlein im Haushalte gesucht  
wird in gute, dauernde Stellung für baldigen  
Antritt, spätestens zum 1. Juni, nach  
Bewerbungen mit Zeugnisbuch, Lohnanfragen, etc.  
auch mit Bild ersehen.  
**Frau Sylvia Adolph, Kaufhaus in Schöten,  
Nischel-Druckerei.**

**Älteres, tüchtiges Mädchen,**  
welches ein selbständiges Köchlein im Haushalte gesucht  
wird in gute, dauernde Stellung für baldigen  
Antritt, spätestens zum 1. Juni, nach  
Bewerbungen mit Zeugnisbuch, Lohnanfragen, etc.  
auch mit Bild ersehen.  
**Frau Sylvia Adolph, Kaufhaus in Schöten,  
Nischel-Druckerei.**

**Älteres, tüchtiges Mädchen,**  
welches ein selbständiges Köchlein im Haushalte gesucht  
wird in gute, dauernde Stellung für baldigen  
Antritt, spätestens zum 1. Juni, nach  
Bewerbungen mit Zeugnisbuch, Lohnanfragen, etc.  
auch mit Bild ersehen.  
**Frau Sylvia Adolph, Kaufhaus in Schöten,  
Nischel-Druckerei.**

**Älteres, tüchtiges Mädchen,**  
welches ein selbständiges Köchlein im Haushalte gesucht  
wird in gute, dauernde Stellung für baldigen  
Antritt, spätestens zum 1. Juni, nach  
Bewerbungen mit Zeugnisbuch, Lohnanfragen, etc.  
auch mit Bild ersehen.  
**Frau Sylvia Adolph, Kaufhaus in Schöten,  
Nischel-Druckerei.**

**Älteres, tüchtiges Mädchen,**  
welches ein selbständiges Köchlein im Haushalte gesucht  
wird in gute, dauernde Stellung für baldigen  
Antritt, spätestens zum 1. Juni, nach  
Bewerbungen mit Zeugnisbuch, Lohnanfragen, etc.  
auch mit Bild ersehen.  
**Frau Sylvia Adolph, Kaufhaus in Schöten,  
Nischel-Druckerei.**

**Älteres, tüchtiges Mädchen,**  
welches ein selbständiges Köchlein im Haushalte gesucht  
wird in gute, dauernde Stellung für baldigen  
Antritt, spätestens zum 1. Juni, nach  
Bewerbungen mit Zeugnisbuch, Lohnanfragen, etc.  
auch mit Bild ersehen.  
**Frau Sylvia Adolph, Kaufhaus in Schöten,  
Nischel-Druckerei.**

**Älteres, tüchtiges Mädchen,**  
welches ein selbständiges Köchlein im Haushalte gesucht  
wird in gute, dauernde Stellung für baldigen  
Antritt, spätestens zum 1. Juni, nach  
Bewerbungen mit Zeugnisbuch, Lohnanfragen, etc.  
auch mit Bild ersehen.  
**Frau Sylvia Adolph, Kaufhaus in Schöten,  
Nischel-Druckerei.**

**Älteres, tüchtiges Mädchen,**  
welches ein selbständiges Köchlein im Haushalte gesucht  
wird in gute, dauernde Stellung für baldigen  
Antritt, spätestens zum 1. Juni, nach  
Bewerbungen mit Zeugnisbuch, Lohnanfragen, etc.  
auch mit Bild ersehen.  
**Frau Sylvia Adolph, Kaufhaus in Schöten,  
Nischel-Druckerei.**

**Älteres, tüchtiges Mädchen,**  
welches ein selbständiges Köchlein im Haushalte gesucht  
wird in gute, dauernde Stellung für baldigen  
Antritt, spätestens zum 1. Juni, nach  
Bewerbungen mit Zeugnisbuch, Lohnanfragen, etc.  
auch mit Bild ersehen.  
**Frau Sylvia Adolph, Kaufhaus in Schöten,  
Nischel-Druckerei.**

**Älteres, tüchtiges Mädchen,**  
welches ein selbständiges Köchlein im Haushalte gesucht  
wird in gute, dauernde Stellung für baldigen  
Antritt, spätestens zum 1. Juni, nach  
Bewerbungen mit Zeugnisbuch, Lohnanfragen, etc.  
auch mit Bild ersehen.  
**Frau Sylvia Adolph, Kaufhaus in Schöten,  
Nischel-Druckerei.**

**Älteres, tüchtiges Mädchen,**  
welches ein selbständiges Köchlein im Haushalte gesucht  
wird in gute, dauernde Stellung für baldigen  
Antritt, spätestens zum 1. Juni, nach  
Bewerbungen mit Zeugnisbuch, Lohnanfragen, etc.  
auch mit Bild ersehen.  
**Frau Sylvia Adolph, Kaufhaus in Schöten,  
Nischel-Druckerei.**

**Älteres, tüchtiges Mädchen,**  
welches ein selbständiges Köchlein im Haushalte gesucht  
wird in gute, dauernde Stellung für baldigen  
Antritt, spätestens zum 1. Juni, nach  
Bewerbungen mit Zeugnisbuch, Lohnanfragen, etc.  
auch mit Bild ersehen.  
**Frau Sylvia Adolph, Kaufhaus in Schöten,  
Nischel-Druckerei.**

**Älteres, tüchtiges Mädchen,**  
welches ein selbständiges Köchlein im Haushalte gesucht  
wird in gute, dauernde Stellung für baldigen  
Antritt, spätestens zum 1. Juni, nach  
Bewerbungen mit Zeugnisbuch, Lohnanfragen, etc.  
auch mit Bild ersehen.  
**Frau Sylvia Adolph, Kaufhaus in Schöten,  
Nischel-Druckerei.**